

# hayekforum

magazin für die freiheit

**Demografie.  
Die Mutter aller Krisen.**

Prof. Dr. Herwig Birg

**Weniger Staat.  
Mehr Zukunft?**

Prof. Dr. Philipp Bagus

**Föderalismus  
frisst Reformen**

Dr. Ulrich Vosgerau

wider die große  
**Verwirrung**



**IMPRESSUM:**

**hayekforum**

Herausgegeben von der  
**Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.**  
Albrechtstraße 11  
D 10117 Berlin

Redaktion:  
Nickolas Emrich (V. i. S. d. P.)  
Johannes Koberstein  
Steve Palaser  
Ralf M. Ruthardt

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt

**Redaktionsanschrift:**

Hayek-Gesellschaft  
Albrechtstraße 11  
D-10117 Berlin  
Kontakt: [magazin@hayek.de](mailto:magazin@hayek.de)  
<https://hayek.de>

© Hayek-Gesellschaft | 01.04.2026

**Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.**

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Hayek-Gesellschaft wieder.**



ISSN (online) 3053-2485  
ISSN (Print) 3053-4224

Abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe (PDF) des Magazins: <https://hayek.de>

## INHALT

### EDITORIAL 4

Prof. Dr. Stefan Kooths

### Aufbruch zur Deregulierung 6

Prof. Dr. Stefan Kooths

### Weniger Staat, mehr Zukunft 10

Prof. Dr. Philipp Bagus

### Demografie. 16

#### Die Mutter aller Krisen.

Prof. Dr. Herwig Birg

### Förderalismus 22

#### frisst Reformen

Dr. Ulrich Vosgerau

### Rubrik: Hayek regional 32

Moderation: Christian Langer

### Der Staat als 40

#### ineffizientes Monopol

Nickolas Emrich

### Die Schweigespirale 42

#### der Vernünftigen

Christophe Lüttmann

Ralf M. Ruthardt

### Kolumne: „Hayek und mehr“ 48

#### Orwellische Schatten der Gegenwart

Dr. Bernd Fischer

### Rubrik: Das Buch 54

#### „Die Theorie der Dynamischen Effizienz“

Rezension von Christian Langer

### Die Kraft der Generationen 58

Prof. Dr. Heiko Kleve

### Freiheit braucht Wissen 62

Prof. Götz R. Piwinger

### Diagnose der

#### „verkehrten Linken“ 66

Alexander Wendt

### Kolumne: Gedankensprung 72

Ralf M. Ruthardt

### Bildkolumne 74

Ralf M. Ruthardt



■ EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Deutschland befindet sich in der längsten wirtschaftlichen Schwächephase seit Bestehen der Bundesrepublik. Unsere Wirtschaftskraft stagniert und die Wachstumsprognosen bleiben verhalten. Diese Entwicklung ist *kein* Schicksal, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen, die dringend einer Korrektur bedürfen.

Die Ursachen hierfür liegen wirtschaftspolitisch in einer konzeptionellen Leere, die auf die Fehlschläge des Interventionismus mit immer neuen Eingriffen glaubt reagieren zu sollen. Die überbordende Bürokratie lähmt Innovation und Unternehmertum. Statt ständig neuer Regulierungen und staatlicher Interventionen braucht es eine konsequente Deregulierung, um den Handlungsspielraum für Unternehmen zu erweitern und damit wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Ein schlanker Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, ist die Grundlage für eine dynamische, erfolgreiche Wirtschaft.

Die Energiepolitik zählt zu den besonders prominenten Feldern, auf denen sich Deutschland in eine Sackgasse manövriert hat. Die Sicherstellung einer günstigen und stabilen Energieversorgung ist nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine soziale Verpflichtung. Ideologisch motivierte Entscheidungen haben zu steigenden Preisen und einer instabilen Energieversorgung geführt. Mit Subventionen wie dem Industriestrompreis wird das Problem nicht an der Wurzel gepackt, sondern es werden nur die Symptome überdeckt. Das löst kein Problem, sondern schafft neue. Investoren wird das nicht überzeugen.

Es ist an der Zeit, die großen Irrtümer zu erkennen und durch die Prinzipien des klas-

sischen Liberalismus zu ersetzen. Nur so kann eine Politik entstehen, die nicht nur gut gemeint, sondern auch gut gemacht ist.

Die Hayek-Gesellschaft und ihre regionalen Foren bieten in diesem Kontext eine Plattform für den Austausch und die Entwicklung solcher marktwirtschaftlicher Ideen. Sie setzt Impulse für eine Politik, die auf Eigenverantwortung, Wettbewerb und Rechtsstaatlichkeit basiert.

Es liegt an der Politik, den Mut aufzubringen, sich an diesen Prinzipien zu orientieren und die notwendigen Reformen umzusetzen.

Als Bürgerschaft sind wir unsererseits gefordert, die Verantwortlichen in der Politik dahingehend zu motivieren und zu drängen, diese Reformen in reales, politisches Handeln umzusetzen. Diese Aufgabe lässt sich nicht delegieren. Sie ist ein Bestandteil unseres notwendigen staatsbürgerlichen Engagements - und somit geradezu eine Pflicht für alle Liberalen.

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Stefan Kooths

Vorsitzender des Vorstands

der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.





# Aufbruch zur Deregulierung

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Prof. Dr. Stefan Kooths

Durch die Gründung des *Javier Milei Institut für Deregulierung* entsteht ein weiterer Akteur im Umfeld des konservativen Liberalismus – und damit ein berechtigter Bedarf an Transparenz: Wo liegen Abgrenzung und Schnittmengen zur Hayek-Gesellschaft? Zwei Interviews in dieser Ausgabe des *hayekforum* wollen Klarheit schaffen. Hier das Gespräch mit Prof. Dr. Stefan Kooths, dem Vorsitzenden der Hayek-Gesellschaft, und im weiteren Verlauf dieser Ausgabe ein Gespräch mit Prof. Dr. Philipp Bagus.

***Das Javier Milei Institut für Deregulierung hat sich nicht weniger vorgenommen, als konkrete Vorschläge für Politik und Gesellschaft zu erarbeiten. Nun, der Abbau von Bürokratie wird seit Jahren gefordert – aber im politischen Berlin ist bisher erkennbar wenig realisiert. Sehen Sie, lieber Prof. Dr. Stefan Kooths, für Ihr Mitwirken im Javier Milei Institut die reale Chance, dass Politik zu wirksamen handeln inspiriert oder gar gedrängt werden kann?***

**Stefan Kooths** | Ja, absolut. Sonst würden wir uns erst gar nicht auf diesen Weg machen. Ein Blick auf Europa liefert uns mutmachende Beispiele. Nehmen wir mal das Vereinigte Königreich zu Beginn der 70er Jahre. Das Land war im Morast des Interventionismus angekommen. Wir können auch auf die Agenda 2010 schauen. Das war eine wichtige und wirksame Deregulierungsinitiative, was den deutschen Arbeitsmarkt angeht.

Es geht uns nicht ausschließlich um Deutschland. Es geht uns auch um die Europäische Union. Das gilt muss zusammen gedacht werden, denn viele Regulierungen, über die wir uns hierzulande beklagen, haben ihren Ursprung auf EU-Ebene. Unbenommen, dass nicht selten nationale Interessen in Brüssel vorstellig werden, damit solche Regulierungen erlassen werden. Insgesamt entsteht dadurch ein komplexes Geflecht, das sich nicht einfach aufdröseln lässt.

Jeder spricht von Entbürokratisierung und Deregulierung. Und das sicherlich schon

seit gut 20 Jahren. Wenn man dann auf die Ergebnisse schaut, sind diese doch ziemlich ernüchternd. Erinnern wir uns an den Versuch von Mitte Dezember 2025, das Aus für den Verbrenner wieder rückgängig zu machen. Bei genauer Betrachtung ist das keine Deregulierung, sogar schafft eine Regulierung der bestehenden Regulierung: es wird komplexer.

***Ihren Beispielen folgend, wird das Javier Milei Institut für Deregulierung eine praxisorientierte Rolle einnehmen und auch konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten, während die Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V., deren Vorstandsvorsitzender Sie sind, sich mehr als „Maschinenraum“ der Volkswirtschaft versteht.***

**Stefan Kooths** | Ja, das ergänzt sich und ich will das dezidiert komplementär verstanden wissen. In unserem neuen Institut geht es um das Handwerkliche: Wie kann man die Deregulierung konkret angehen. Derzeit blicken wir nach Argentinien und können dort sehen, wie das angegangen wird.

***Lassen Sie uns auf solche Erkenntnisse eingehen, was die Deregulierung angeht.***

**Stefan Kooths** | Deregulierungen lässt sich nicht sequentiell realisieren. Man kann sich nicht ein Thema nach dem anderen vornehmen, weil sich die Widerstände den auf die jeweilig in Frage gestellt Regulierung konzentriert. Deshalb braucht es einen grundsätzlichen Mindset: Ab sofort wird es an alle Besitzstände gehen. Alle Privilegien



werden geschliffen und dafür braucht man einen ordnungspolitischen Kompass. Daran und an den konkret vorzuschlagenden Maßnahmen wollen wir als Institut mitwirken.

***In den vergangenen Jahren haben beispielsweise eine Bertelsmann-Stiftung an konkreten Gesetzentwürfen mitgeschrieben und die Hertie-Stiftung bei Gesetzesvorlagen mitgewirkt. Gehen Sie und die Mitinitiatoren Ihres Instituts davon aus, dass man einen vergleichbaren, maßgebenden Einfluss auf bundesdeutsche Politik haben wird?***

**Stefan Kooths** | Diesen Vergleich möchte ich nicht ziehen. Mittlerweile ist es unübersehbar, dass wir ein massives Problem mit überbordender Bürokratie haben. Nicht nur im Sinne zusätzlicher bürokratischer Lasten, sondern das Problem schmerzt zu sehr, als dass man es ignorieren könnte. Ich erspare uns das Lieferkettengesetz und andere Beispiele.

Es lässt sich diagnostizieren, dass der Versuch gescheitert ist, mit regulatorischen Mitteln komplexe Probleme lösen zu wollen. Man steht sich am Ende nur selber im Weg. Von daher glaube ich, der Problemdruck ist so groß, dass man an dem Thema Deregulierung nicht mehr vorbeikommt. Deshalb bin ich sicher, dass alle konkreten Vorschläge, die man dazu macht, gesamtgesellschaftlich auf offene Ohren stoßen werden.

***Je komplizierter eine Herausforderung ist, umso weniger lässt sie sich durch zentral-planerische Instrumente lösen. Vielmehr mehr braucht es die Agilität, Innovationskraft und das Wirken des Einzelnen ... das erinnert an die liberale Sozialphilosophie.***

***Man könnte als gemeiner Bürger die Wahrnehmung haben, dass im politischen Berlin die Problemlösungskompetenz verloren gegangen ist. Man versucht wo möglich, die***

***Schwierigkeiten, die Deutschland und die EU haben, mit externen Ursachen zu begründen. Müssen Trump und wechselweise Putin für nahezu alles herhalten?***

**Stefan Kooths** | Das ist ein Reflex einer sehr interventionistisch geprägten Wirtschaftspolitik. Man hatte vor einigen Jahren Verheißungen in den Raum gestellt. Ich erinnere nur an das angekündigte Wachstumsraten, welches mit dem der 50er und 60er Jahre vergleichbar sein sollte. Nun, die Energiepolitik ist krachend gescheitert. Daraus resultiert offenkundig ein menschlicher Reflex, dafür erst mal externe Ursachen aufzurufen. Sonst müsste man sich selbst und sein tun in Frage stellen. Aber wer will das schon?!

***Wir kennen es aus unserem Mikrokosmos in Familie oder in Unternehmen. Wenn man scheitert, geht tendenziell die Suche nach einem anderen Schuldigen los ...***

**Stefan Kooths** | Es scheint eine menschliche Reaktion zu sein. Das hat nichts politischen Kategorien, wie links oder rechts zu tun. Das ist ein ganz menschlicher Reflex, dass man meint, wenn die eigene Weltanschauung an den Klippen der Realität zerschellt, dass dann irgendwelche bösen externen Mächte daran Schuld haben.

## **| Suche nach Schuldigen**

Es ist immer schmerzhaft, wenn ein bislang dominantes Narrativ die Bühne verlassen muss. Das haben die Protagonisten nicht so gerne. Der erfreuliche Vorteil unserer demokratischen westlichen Gesellschaften ist es, dass dieser damit verbundene Gesichterverlust der Einzelnen bewältigt werden kann: indem man einfach die Gesichter austauscht.

***Ja, das wird eine wesentliche Aufgabe politischer Parteien in Deutschland sein und***

**man kann hoffen, dass dies zügig vollzogen wird.**

**Stefan Kooths** | Autoritäre Systeme so deshalb ja auch sehr inflexibel, da die Autorität stützt sich auf die Anmaßung überlegenen Wissens. Wenn die personifizierte Autorität in der Realität scheitert, steht plötzlich das ganze politische Machtgefüge in Frage. Diesen massiven Bremsklotz haben wir in den westlichen Demokratien nicht. Und noch ein Gedanke: Geradezu beschleunigend wirkt es sich aus, wenn andere Länder um uns herum erfolgreich sind. Dann kommt Politik bei uns unter Druck und Fehlentwicklungen werden korrigiert.

## **| Wenn Autoritäten scheitern**

**Zurück zum Institut: Nun sollen dort deregulierende Impulse gesetzt und entsprechende Papiere verfasst werden. Aber wie entsteht der erforderliche Druck, dass diese konkreten Vorschläge schlussendlich in den Parlamenten zu Gesetzesvorlagen führen und in die Umsetzung kommen.**

**Stefan Kooths** | Das ist jetzt nicht die Aufgabe der Menschen, die sich hier zusammengefunden haben. Man kann von einem Dreiklang von Erfolgsfaktoren ausgehen. Man braucht erst mal eine schwierige Notlage. Die haben wir. Es braucht zweitens konkrete Konzepte, wie man damit lösungsorientiert umgeht. Hinter solchen Konzepten muss immer eine auch – quasi auf der Metaebene – eine funktionsfähige Sozialphilosophie stehen. Und ja, drittens braucht es Protagonisten, die das vorantreiben. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sich solche Protagonisten finden, wenn man brauchbar Konzepte vorlegt. Da bin ich sehr zuversichtlich.

**Zurück zum „Javier Milei Institut für Deregulierung“ und der Abgrenzung zur „Friedrich August von Hayek-Gesellschaft**

**e.V.“. Gibt es zu diesem Zeitpunkt bei letzterer Befindlichkeiten?**

**Stefan Kooths** | Es ist wichtig, dass wir uns als Menschen gesellschaftlich und politisch engagieren. Es gibt eine Fülle von ganz unterschiedlichen Netzwerken, in denen man das tun kann. Für das Institut und die Hayek-Gesellschaft sehe ich keinerlei Konkurrenzverhältnis. Da wird man sich überhaupt nicht ins Gehege kommen. Ganz im Gegenteil, sie werden sich ergänzen. Gerade die Hayek-Gesellschaft, die ich ja immer gerne als „Maschinenraum“ für klassisch liberales Denken bezeichne, liefert wesentliche Grundlagen. Basierend auf diesen Grundlagen lassen sich konkrete Lösungen erarbeiten, die schlussendlich auch den Weg in die politische Umsetzung finden.

**Im neuen Institut sind unter anderem Dr. Frauke Petry und Joana Cotar mit dabei. Man kennt die beiden Politikerinnen auch aus dem Kontext von TEAM FREIHEIT. Sind sie die Kompetenzträger, die man für eine Zuarbeit zu Gesetzesvorlagen braucht?**

**Stefan Kooths** | Leute mit einzubinden, die bereits im politischen Prozess unterwegs waren, ist wichtig. Die beide Persönlichkeiten bringen diese Erfahrung mit. Das ist ausgesprochen wertvoll, wenn wir uns an die Fragestellung zu Beginn unseres Gesprächs erinnern. Unabhängig davon gilt, dass wir parteipolitisch selbstverständlich an niemanden gebunden sind. Hier ist das Institut genauso überparteilich, wie auch die Hayek-Gesellschaft.

**Danke für diese Einordnungen, Prof. Dr. Stefan Kooths.**

**Stefan Kooths** | Gerne.





# Weniger Staat, mehr Zukunft?

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Prof. Dr. Philipp Bagus

Wenn neue Institutionen entstehen, geht es nicht nur um Ideen, sondern vor allem um deren Umsetzung. Nach den Einordnungen von Prof. Dr. Stefan Kooths nun ein Gespräch mit Prof. Dr. Philipp Bagus. Er erläutert, welchen Beitrag das Javier Milei Institut leisten will, wie konkrete Deregulierung vorangebracht werden kann und warum Freiheit ohne politischen Handlungswillen ein Versprechen bleibt.

**Man spricht vom „Maschinenraum“ des konservativen Liberalismus – und denkt beispielsweise an die Hayek Gesellschaft in Berlin. Nun gibt es neuerdings das Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa und es stellt sich die Frage, ob dieses Institut ein weiterer „Maschinenraum“ ist und wenn ja, welche Maschinen stehen da drin?**

**Philipp Bagus |** Mein Kollege Prof. Dr. Stefan Kooths verwendet das Bild des „Maschinenraums“, wenn er über die Friedrich August von Hayek-Gesellschaft in Berlin spricht, deren Vorsitzender er ist. Mit dem Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa geht es uns um eine liberale, libertäre Plattform. Dort sollen sich die entsprechenden Leute zusammenschließen, konkrete Deregulierungsstrategien und -vorschläge erarbeiten und diese in Kampagnen kommunizieren.

Man könnte auch von einem Auffangbecken für Menschen sprechen, die sich engagieren wollen und die einen Blick auf Javier Milei und seine Erfolge geworfen haben. Es geht um einen Weg zur Freiheit, den es zu formulieren und zu gehen gilt. Wir sprechen jetzt, Mitte Januar 2026, miteinander. Nun, dazu gibt es in einigen Wochen sicherlich mehr zu berichten.

**Das Institut ist also mehr als ein weiterer liberaler oder libertärer Thinktank, von denen es ja bereits einige gibt.**

**Philipp Bagus |** Ich möchte es als libertäres Netzwerk verstanden wissen. Wie gesagt, es ist die Idee, eine Plattform zu schaffen,

auf der sich liberale Parteien, Institute und engagierte Menschen zusammenfinden und gemeinsam Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen.

**Indirekt beschreiben Sie eine Schwäche der Liberalen und Vince Ebert hat es im Interview in der Ausgabe 2026-1 sinngemäß ungefähr so formuliert: Wenn ihr Liberalen und Bürgerlichen euch auf Zahlen und Argumente zurückziehen wollt, dann gewinnt ihr keine Wahlen und kriegt die Politik nicht beeinflusst. Ihr müsst schon emotional werden und Narrative anbieten.**

**Philipp Bagus |** Ja, genau. Deshalb ist unser Institut inhaltlich breit gefasst und wir wollen Einfluss und einen kulturellen Wandel in Deutschland mitgestalten. Klar, als junges Institut sind wir aktuell noch in einer gewissen Findungs- und Anlaufphase. Jedenfalls das Ziel ist klar: Es sollen Deregulierungsvorschläge konkret gemacht werden – quasi als Denkfabrik.

Und zugleich wollen wir in der Außenkommunikation stark werden. Es gilt, auf Argumente gestützte Narrative zu entwickeln, um die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Protagonisten in Medien und Politik zu überzeugen. – Nun, wir werden sehen, wohin es sich entwickelt.

**Welche Narrative wird das Institut setzen, damit Deregulierung nicht als sozialer Kahlschlag, sondern als ein gesellschaftlicher Gewinn verstanden wird?**



**Philipp Bagus |** Man wird sehen, wie wir uns innerhalb des noch jungen Instituts aufstellen und was unsere Arbeitsergebnisse sein werden. Dem kann ich jetzt nicht vorgreifen.

Offensichtlich ist, dass die Deregulierung den Leuten Freiheit lässt und zu Wohlstand positiv führt. Wir sehen es ja an den vielen abschreckenden Beispielen erdrückender Regulierung in der Europäischen Union. Das ist ein Grund, weshalb Europa im globalen Wettbewerb immer weiter zurückfällt. Und jetzt das Beispiel mit Argentinien: Dort bekommen die Menschen, die Unternehmen endlich wieder „die Luft“ zum Atmen – und wir sehen, welche positiven Auswirkungen das hat: Für viele Leute bedeutet es raus aus der Armut. Das ist ja schon mal ein positives Narrativ.

Wir haben keine mit Argentinien vergleichbare Armut in der EU, aber es muss ja erst gar nicht so weit kommen. Eine Fülle von Kennzahlen zeigt uns auf, dass wir auf dem falschen Weg sind. Diese Erkenntnisse gilt es zu nutzen und Politik zu ändern, damit wieder mehr Wohlstand und Freiheit geschaffen wird. Es braucht diese Deregulierung. Sehr dringend.

***Fokussieren wir uns für ein paar Momente auf Deutschland. Ist die bisherige zu wenig liberale Politik das Ergebnis von Bildungsarmut und Lebenserfahrungsarmut bei zu vielen Mandatstragenden in den Parlamenten? Hat eine große Infantilität die Politik der vergangenen 20 bis 30 Jahre gekennzeichnet?***

**Philipp Bagus |** Vieles ist natürlich auf diese Staatskultur zurückzuführen. Die von Ihnen angesprochene Infantilität wird durch diese Abhängigkeiten des paternalistischen Staates geschaffen.

Ja, viele Leute übernehmen keine Verant-

wortung und ihr Handeln bleibt ohne direkte Konsequenzen für sie selbst. Der Staat bestimmt fast alles, regelt fast alles – und wenn man unverantwortlich handelt, wird man vom Staat aufgefangen. Das führt schlussendlich dazu, dass die Leute verkindlichen, also keine Verantwortung für ihre Handlung übernehmen. Man könnte auch sagen: Sie können eine solche Verantwortung gar nicht übernehmen, weil der Staat als dominanter Akteur im Weg steht. Es gibt ohne Freiheit keine Verantwortung.

## **| Infantiles Verhalten**

Dieses infantilisierte Verhalten führt dazu, dass in der Quintessenz Politiker Vorstellungen und ein Wollen haben, das fern von der Realität ist. So, wie wir es bei Kindern kennen. Unsere Politiker wünschen sich etwas – und dann stehen da Realpolitiker wie Wladimir Putin, Donald Trump oder der chinesische Staatspräsident.

***Das bedeutet, dass wir als Gesellschaft uns wieder auf die positiven Einflussfaktoren konzentrieren müssen ...***

**Philipp Bagus |** Wir haben über die Infantilisierung gesprochen. Da können wir direkt mit Bildung beginnen: Die fehlende Bildung ist damit verbunden, dass das Bildungssystem durch den Staat okkupiert ist. Es gibt zu wenig relevante Leistungsanreize. Überspitzt formuliert: Jeder sollte einen Universitätsabschluss bekommen. Darauf sind die Anreize ausgerichtet worden – und Lehrer haben die Tendenz, bessere Noten zu vergeben. So ist das Niveau immer weiter gesunken.

Die Lehrpläne sind aus der Sicht des Staates geschrieben. In den staatlichen Lehrplänen wird der Staat immer als Lösung dargestellt und nie als das Problem. Da wird von Marktversagen gesprochen. Weltwirtschaftskrisen werden als Versagen des Kapitalismus dar-

gestellt und Keynes' Theorien retten die Welt. Ganz nach Keynes' Theorien: Märkte erreichen nicht immer automatisch Vollbeschäftigung und deshalb seien Staatseingriffe zur Stabilisierung der Wirtschaft notwendig; besonders bei Krisen. Man sieht, dass zu wenig diese Theorien infrage gestellt werden und dabei haben Mises und Hayek jede Menge gute Argumente, die ins Feld geführt werden können. Nun, mit Blick auf die außergewöhnliche Situation in Argentinien und deren außergewöhnlichen Präsidenten Javier Milei erkennen wir: Gute Strategien und eine gute Kommunikation ermöglichen auch rasche politische und wirtschaftliche Erfolge.

***Ich möchte nochmals auf die Infantilisierung zurückkommen und ein Beispiel einbringen: Da erzählen Politiker und Medienschaffende den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern, dass militärische Aufrüstung ein Investment sei. Nun, soweit es der Kompensation einer vernachlässigten Verteidigungsfähigkeit dient, möchte ich es als eine existenzielle Notwendigkeit kategorisieren. Jedoch darüber hinaus kann man Aufrüstung als ein staatlich oder politisch organisiertes Wirtschaftswachstum auf Schuldenbasis bezeichnen, oder? Irgendwann wird die Frage nach Zins und Tilgung fällig und man hat als Gemeinwesen nichts wirklich Wertschöpfendes geschaffen.***

**Philipp Bagus** | Das ist dieses Narrativ, dass die Vereinigten Staaten aus der großen Depression gekommen sind, weil im Zweiten Weltkrieg massiv die Rüstungsindustrie für Arbeitsplätze gesorgt habe.

Aber wenn Panzer statt Autos gebaut werden, dann ist die Gesellschaft natürlich ärmer dran. Es gibt weniger Autos – als Beispiel für ein persönlich nutzbares und wohlstandförderndes Gut – und mehr Panzer. Schauen wir auf die Opportunitätskosten, wenn man Panzer produziert: Rohstoffe, Speicher-Chips und

so weiter stehen der Privatwirtschaft nicht mehr zur Verfügung. Die sind dann eben in dem Panzer drin. Wenn es gut läuft, bleibt der in der Halle stehen. Wenn's schlecht läuft, nimmt er im Gefecht Schaden oder wird zerstört – und mit ihm der Stahl, die Speicher-Chips und die Arbeitsleistung.

## | Kriegswirtschaft

Man kann als Staat eine riesige Kriegswirtschaft aufbauen. Die gab es auch in der Sowjetunion und dort gab es keine Arbeitslosigkeit. Die Frage ist aber, ob das, was dann produziert wird, im Sinne der Menschen ist. Und das ist es offensichtlich nicht, sonst hätten sie ja auch ohne den Staat Panzer gebaut. Aber die meisten Menschen wollen eben lieber ein neues Auto. So einfach ist das.

***Lassen Sie mich noch einen Gedankensprung machen: Welche Deregulierung sehen Sie prioritär?***

**Philipp Bagus** | Ich denke beispielsweise an das Lieferkettengesetz. Ganz nach dem Motto: Die jüngsten Gesetze sollten auch als Erstes auf eine Deregulierung geprüft werden. Mit dem sogenannten Heizungsgesetz kann man in Deutschland gleich weitermachen.

Die andere Möglichkeit ist, etwas kreativer an die Sache zu gehen: Wenn man beispielsweise der kommunalen Ebene die Befugnis gibt, bei Bauvorschriften regional oder örtlich von gesetzlichen Regelungen abweichen zu dürfen. Wir reden vom Subsidiaritätsprinzip. So kommt es zu einer produktiven Dynamik.

***Wie früher zwischen den Bundesländern in Deutschland: Da gab es quasi einen Bildungswettbewerb. Das Abitur in Bayern und Baden-Württemberg war dann mehr für Unternehmen wertiger, als ein meinetwegen in Bremen erworbenes Abitur.***



**Ihr Impuls würde bedeuten, dass auf den Instanzen von Bundesländern oder Kommunen Freiräume entstehen, die einen Wettbewerb um Standortvorteile mit sich bringen könnten. Man hört schon Stimmen rufen, dass das ausufern und zu Ungerechtigkeiten oder sonst was führen würde. Nun, diese Stimmen blenden wir kurzerhand an dieser Stelle aus, um den Gedanken weiter zu verfolgen.**

**Philipp Bagus |** Genau, der Wettbewerb würde dann dazu führen, dass die Regulierung von alleine wegfällt, nicht angewendet wird oder so ausgelegt wird, dass sie wirkungslos bleibt. Das wäre dann die praktische Auswirkung. Das ist elegant, weil die Regulierung formal noch besteht, aber sie praxis- und lebensnah ausgehöhlt werden kann. Man braucht quasi nur ein übergeordnetes Gesetz, was die Auslegung und die Anwendung auf den untersten Instanzen regelt.

**Der Gedankengang ist verlockend. Es kommt jedoch womöglich noch eine gewisse Komplexität in der Form, dass wir – logistisch, wie auch virtuell – in einer vernetzten Welt leben. Womöglich gibt es nicht immer den erhofften Spielraum auf der lokalen Ebene, wenn beispielsweise ein Konzern Regelwerke in verschiedenen Bundesländern zu würdigen hat ... aber mindestens mal bei**

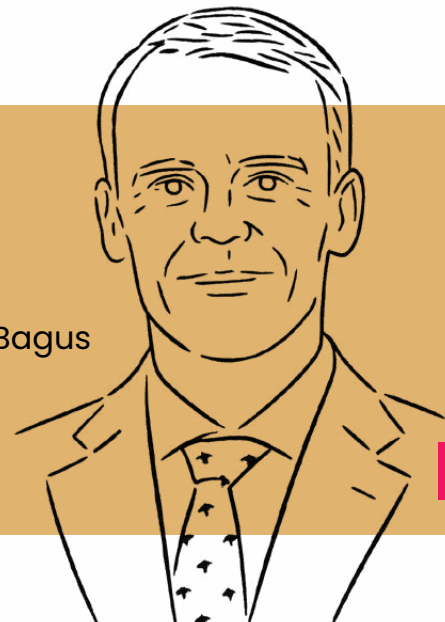
**Baumaßnahmen kann man sich das direkt vorstellen. Wenn ich es richtig verfolgt habe, hat die von Ihnen formulierte Strategie der Deregulierung Javier Milei in Argentinien angewandt.**

**Philipp Bagus |** Genau. Argentinien hat gezeigt, dass das funktioniert. Im Juli 2024 berief Staatspräsident Javier Milei Federico Sturzenegger als Minister für Deregulierung und Transformation (Ministro de Desregulación y Transformación del Estado). Im Rahmen des Gesetzespakets „Ley Bases“ ist Federico Sturzenegger vor allem für die Deregulierung und Privatisierung zuständig, sowie für die Korruptionsbekämpfung.

**In Deutschland ist Philipp Amthor (CDU) seit Mai 2025 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS). Seine bundespolitische Rolle ist der Bürokratieabbau und die Modernisierung des Staates. Keine Ahnung, wie weit er bisher gekommen ist. Vielleicht sollte er sich zeitnah vom Javier Milei Institut für Deregulierung in Europa beraten lassen. (lacht)**

**Philipp Bagus |** Ohne mich mit meinen Kollegen abgestimmt zu haben: Wir stehen bereit. (lacht)

Prof. Dr. Philipp Bagus



Erstmals erschienen im Magazin *mitmenschenreden* (Ausgabe 2026-2):  
[www.mitmenschenreden.de](http://www.mitmenschenreden.de)

# Hayeks YouTube Kanal

Vorträge. Interviews. Impressionen.

<https://www.youtube.com/@HayekSociety>





# Demografie.

## Die Mutter aller Krisen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Prof. Dr. Herwig Birg

Demografische Entwicklungen verlaufen leise – und entfalten doch eine enorme Sprengkraft. Prof. Dr. Herwig Birg zählt zu den wenigen Wissenschaftlern, die seit Jahrzehnten unbeirrt auf strukturelle Fehlentwicklungen hinweisen. Im Gespräch analysiert er den Geburtenrückgang, die Grenzen der Migration und ein Politikverständnis, das langfristige Realitäten zu oft verdrängt. Ein Interview über die wohl folgenreichste Herausforderung moderner Gesellschaften.

***Herr Professor Birg, Sie beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit dem demografischen Wandel. Ihre Analysen gelten als unbequem, weil sie langfristige Entwicklungen sichtbar machen, die sich politisch kaum noch korrigieren lassen. Lassen Sie uns mit einem scheinbaren Paradoxon beginnen: Sie sagen, Wohlstand führe zu einer negativen demografischen Entwicklung. Wie ist das zu verstehen?***

**Herwig Birg |** Historisch betrachtet war Bevölkerungswachstum stets eng mit wirtschaftlichem Fortschritt verbunden. So war es im 19. Jahrhundert etwa für eine Familie mit einem Bauernhof wichtig, dass möglichst kräftige Buben bei der Bewirtschaftung geholfen haben. Geerbt hat dann zumeist der Ältere. Diese Logik hat sich in den hochentwickelten Gesellschaften grundlegend umgekehrt.

## **| Es ist ein Paradoxon**

Heute kann man sagen: Je höher der materielle Wohlstand, je größer die individuelle Freiheit, je umfassender die soziale Absicherung, desto stärker sinken die Geburtenraten. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines tiefgreifenden kulturellen Wandels. Kinder sind in modernen Wohlstandsgesellschaften keine ökonomische Notwendigkeit mehr, sondern eine biografische Option – und diese Option wird zunehmend seltener gewählt.

### **Das Paradoxon des Wohlstands.**

**Herwig Birg |** Das Paradoxon wird in praktisch allen Ländern der Welt seit ein bis zwei Jahr-

hundertern beobachtet. Gesellschaften, die technologisch, medizinisch und wirtschaftlich am erfolgreichsten sind, reproduzieren sich biologisch am wenigsten. Deutschland ist dafür ein besonders prägnantes Beispiel. Seit vielen Jahrzehnten liegt die sogenannte Geburtenrate deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau. Im Schnitt bewegen wir uns zwischen 1,3 und 1,6. Das führt zwangsläufig zu Alterung, Schrumpfung und struktureller Überlastung der sozialen Sicherungssysteme.

***Sie betonen immer wieder, dass Kultur und Moral entscheidende Einflussfaktoren für demografische Entwicklungen sind.***

**Herwig Birg |** Absolut. Ökonomische Rahmenbedingungen spielen eine Rolle, aber sie erklären den Geburtenrückgang eigentlich nicht, denn sie werden selbst von ihm beeinflusst. Entscheidend ist die kulturelle Prägung. Gesellschaften, in denen Familie, Kinder und generationelle Verantwortung kulturell positiv besetzt sind, weisen stabilere Geburtenraten auf. Umgekehrt gilt: Je stärker sich eine Gesellschaft auf Konsum, Individualismus, Mobilität und Selbstverwirklichung fokussiert, desto ausgeprägter fällt der Geburtenrückgang aus.

### **Was bedeutet das konkret?**

**Herwig Birg |** Kinder bedeuten in unserer Kultur auf der einen Seite Bindung, langfristige Verantwortung, und auf der anderen Seite Einschränkungen von biografischer Flexibilität, sozialer Mobilität und Karriereoptionen. In hoch individualisierten Gesellschaften



wird dies zunehmend als Belastung empfunden. Besonders gut ausgebildete Frauen und Männer erleben mit der Geburt eines Kindes häufig eine Einbuße ihres ökonomischen und biografischen Entfaltungsspielraums. Zeit, die in Kinder investiert wird, fließt nicht in Einkommen, Vermögensaufbau und berufliche Entwicklung. Wo Kultur dem nicht bewusst ein starkes, positives Gegengewicht entgegengesetzt, ist der Geburtenrückgang unausweichlich.

## | Vereinzlung der Gesellschaft?

**Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Vereinzlung der Gesellschaft.**

**Herwig Birg |** Das hängt eng mit der sogenannten Lebenslauftheorie zusammen. Die Entscheidung für Kinder und die langfristige Bindung an einen Lebenspartner wirken sich als lebenslange Festlegungen im Lebenslauf nachteilig aus, weil sie die Anpassungsfähigkeit an die überwältigende Kraft der Arbeitsmarktdynamik reduzieren. Das macht Eltern immobil, begrenzt Karrieren, fixiert soziale Milieus und reduziert den biografischen Entwicklungsspielraum bzw. das sogenannte „biografische Universum“ des Individuums. Deshalb werden Geburten aufgeschoben und später oft nicht mehr realisiert. In Großstädten dominieren die Einpersonenhaushalte. Dies führt langfristig zu einer atomisierten Gesellschaft, in der Geschwisterbeziehungen, familiäre Netzwerke und generationenübergreifende Bindungen zunehmend verschwinden.

**Welche gesellschaftlichen Folgen hat das?**

**Herwig Birg |** Vereinzlung erhöht die Abhängigkeit vom Staat, von professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen und von sozialen Transferleistungen. Gleichzeitig schwächt sie die informellen Solidaritätsnetze, die Gesellschaften traditionell

stabilisiert haben. Das ist ein zentraler, oft unterschätzter Aspekt des demografischen Wandels.

**Sie haben früh den Begriff der Multiminoritäten-Gesellschaft geprägt. Was verstehen Sie darunter?**

**Herwig Birg |** Klassische Einwanderungsgesellschaften zeichneten sich durch eine stabile kulturelle Mehrheit aus, in die sich Minderheiten integrieren. In Deutschland beobachten wir jedoch einen anderen Prozess: Die demografische Schrumpfung der angestammten Mehrheitsgesellschaft bei gleichzeitigem Wachstum unterschiedlicher zugewanderter Minderheiten. Langfristig entsteht eine Gesellschaft ohne klare Mehrheit, also eine Multiminoritäten-Gesellschaft.

**Warum ist das problematisch?**

**Herwig Birg |** Weil soziale Kohäsion auf gemeinsamen kulturellen Referenzen beruht. Wenn diese zerfallen, entstehen Segmentierung, Parallelgesellschaften und Identitätskonflikte. Ohne ein verbindendes kulturelles Fundament wird Politik zunehmend zu einem permanenten Verteilungskampf zwischen Gruppen. Das ist hochgradig konfliktrichtig.

## | Demografischer Kolonialismus

**Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von „demografischem Kolonialismus“. Das finde ich insofern interessant, als man in den Medien heutzutage eher mit Schlagworten wie „Dekolonialisierung“ konfrontiert wird.**

**Herwig Birg |** Damit meine ich die strukturelle Abhängigkeit alternder Wohlstandsgesellschaften von den Geburten in ärmeren Ländern. In Deutschland ist seit 1972 die Zahl der Sterbefälle jedes Jahr um Hunderttausende größer als die der Geburten, letztes

Jahr betrug das Geburtendefizit 300.000. Ohne Zuwanderungen wäre die Bevölkerungszahl jedes Jahr geschrumpft. Deutschlands Bevölkerungsentwicklung lässt sich nur noch durch wachsende Zuwanderungen stabilisieren. Wir werben gezielt um Fachkräfte – Informatiker aus Indien, Pflegekräfte aus Osteuropa oder Südamerika, medizinisches Personal aus Asien. Faktisch externalisieren wir damit unsere demografischen Defizite. Im historischen Kolonialismus ging es um die Ausbeutung von Rohstoffen, im Zeitalter des demografischen Kolonialismus um die viel wertvollere menschliche Substanz der ausgebeuteten Länder.

***Da habe ich direkt ein Bild vor Augen: Die gut ausgebildete Informatikerin einer renommierten Universität in Tunis ist sich sicher, dass sie in Paris arbeiten wird. Da sind schon viele junge Verwandte und man hat seine Community. Währenddessen die tunesische Gesellschaft sich mit den Transferzahlungen begnügt, wenn die junge Informatikerin ihre Familie an ihrem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben lässt. Keine wirkliche Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, wie hier Tunesien.***

***Und noch ein zweites Bild, welches in den Kontext des einen oder anderen afrikanischen oder arabischen Landes passen könnte: Da wird Geld beim Onkel, bei den Nachbarn und sonst wo gesammelt, um eine der kräftigeren Minderjährigen auf den Weg nach Europa zu schicken. Dort angekommen ist dieser junge Mensch mit der Sprachbarriere, einer völlig anderen Kultur und Gesellschaft – und mit nur wenig Chance auf eine schnelle, reguläre Beschäftigung konfrontiert. Wie soll dieser junge Mann den finanziellen Erwartungen seiner Familie im Heimatland gerecht werden? Wie schnell zeichnet sich der Weg in die Kriminalität ab; wo möglich aus dem***

***besagten finanziellen Druck oder schlicht ob der Langeweile oder dem Bedürfnis, einer Gruppe anzugehören. Wäre es für diesen jungen Menschen nicht förderlicher, er dürfte in seinem sozialen Umfeld zu Hause erwachsen werden? Wie wäre es, wenn wir vor Ort Bildung fördern und beispielsweise Teile unserer öffentlichen Verwaltung im Sinne eines BPO (Business Process Outsourcing) organisierten?***

***Beide Fälle scheinen mir in den Kontext der demografischen Kolonialisierung zu passen.***

**Herwig Birg |** Ja, das sind gute Beispiele. Werfen wir an dieser Stelle einen Blick auf die Zahlen: Wie die Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes vom Dezember 2025 und die schon länger publizierten Ergebnisse der demografischen Forschung zeigen, würde die Bevölkerung Deutschlands ohne Zuwanderung bis 2070 unter 60 Millionen sinken – also um rund 25 Millionen Menschen abnehmen. Aber 2070 wäre die Schrumpfung nicht zu Ende, sie ginge weiter bis ins nächste Jahrhundert und so fort.

## **| Digitalisierung als Rettung?**

Quantitativ könnte man die Folgen des schrumpfenden Arbeitskräftepotenzials durch die von Ihnen vorgeschlagene konsequente Digitalisierung abfedern. Aber die Qualifikationen der freigesetzten Arbeitskräfte müssen auch zu den offenen Stellen passen. Wenn dies durch Umschulungen möglich wäre, dann würde die Digitalisierung die Produktivität in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft deutlich steigern. Ihr Vorschlag, durch massive Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung personelle Ressourcen freizusetzen, ist also grundsätzlich plausibel. Aber dafür ist es jetzt vielleicht schon zu spät. Politische, institutionelle und kulturelle Kippunkte sind schon lange überschritten.



**Zugleich betonen Sie, dass Migration das Problem langfristig nicht löst.**

**Herwig Birg |** Migration kann keine Lösung sein, denn Migranten sind wie alle Menschen natürlich ebenfalls an Wohlstand interessiert. Sobald dieser erarbeitet ist, passen die meisten ihr Reproduktionsverhalten an die Wohlstandsbedingungen des Aufnahmelandes an. Mit wachsendem Einkommen sinken auch bei ihnen die Geburtenraten. Migration verschiebt das Problem also auf eine internationale Ebene, löst es aber nicht. Auch die demografische Alterung lässt sich durch die Immigration Jüngerer nur zeitlich hinausschieben, nicht stoppen oder gar aufheben. Die Population Division der Vereinten Nationen hat errechnet, dass Deutschland langfristig eine Nettozuwanderung von mehreren Millionen pro Jahr aufnehmen müsste, wenn das Verhältnis aus der wachsenden Zahl der Alten, die versorgt werden müssen, und der schrumpfenden Zahl der Jüngeren nicht steigen soll. So viele Menschen wären gesellschaftlich, infrastrukturell und kulturell nicht integrierbar.

## **| Unfähigkeit? Überforderung?**

**Warum tut sich die Politik so schwer, diese Entwicklungen offen zu adressieren?**

**Herwig Birg |** Politik denkt in Legislaturperioden. Demografische Prozesse wirken über Jahrzehnte. Wo keine kurzfristig durchsetzbare Lösung existiert, darf politisch oft auch kein Problem existieren. Hinzu kommt die Angst vor Wählerverlusten. Unbequeme Wahrheiten werden verdrängt, beschönigt oder ideologisch überformt. Das ist ein strukturelles Politikversagen.

**Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Feigheit der Politik vor dem Wähler.**

**Herwig Birg |** Ja, weil notwendige Reformen regelmäßig aus Angst vor Unbeliebtheit unterlassen werden. Das gilt für die Rentenpolitik ebenso wie für Familien-, Bildungs- und Migrationspolitik. Zögerliche Entscheidungen, endlose Verfahren, fehlende persönliche Verantwortung – all das führt dazu, dass strukturelle Probleme verschleppt werden, bis sie kaum noch lösbar sind.

**Sie bezeichnen die demografische Krise als „Mutter aller Krisen“.**

**Herwig Birg |** Das ist keine rhetorische Übertreibung. Die demografische Entwicklung beeinflusst alle zentralen Systeme: Wirtschaft, Bevölkerung, Gesellschaft und Umwelt. Sie erzeugt Verteilungskonflikte zwischen Jung und Alt – etwa bei Rente, Gesundheitswesen und Pflege. Aber sie verschärft auch innerhalb jeder alten oder jungen Generation Konflikte, denn kinderlose Haushalte, deren Anteil von Generation zu Generation wächst, verfügen im Schnitt über wesentlich größere finanzielle Spielräume als Familien mit Kindern. Zudem erwerben sie noch durch ihre überdurchschnittlichen Beitragszahlungen höhere Versorgungsleistungen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Das widerspricht nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2001 unserem Grundgesetz, denn kinderlose Menschen erbringen nur die finanziellen Beiträge in das soziale Sicherungssystem. Sie leisten jedoch nicht die unabdingbaren „generativen“ Beiträge in der Form der Erziehung von Kindern als den Beitragszahlern der Zukunft, ohne die unser System (Umlageverfahren) nicht funktioniert. Seit Jahren wird das Defizit der Rentenversicherung aus Steuermitteln ausgeglichen. Dabei geht es um Beträge von weit über 100 Milliarden Euro pro Jahr.

### **Hinzu kommen regionale Spannungen.**

**Herwig Birg |** Die regionale Bevölkerungsverteilung wird entscheidend dadurch bestimmt, dass jedes Jahr drei- bis fünfmal so viele Menschen ihren Wohnsitz zwischen den Stadt- und Landkreisen wechseln wie geboren werden bzw. sterben. Diese sogenannte Binnenwanderung entvölkert ländliche Räume und überlastet Metropolen. Infrastruktur, medizinische Versorgung, öffentlicher Nahverkehr – all das gerät aus den Fugen. Das im Grundgesetz verankerte Gebot zur Schaffung „gleichwertiger“ (nicht gleichartiger) Lebensbedingungen ist mittlerweile nicht mehr erfüllbar. Die Zuwanderung verschärft in Ballungsräumen die sozialen Spannungen, aber auch in bestimmten Entleerungsgebieten. Die viel diskutierte „Stadtbild-Debatte“ ist kein ideologisches Konstrukt, sondern Ausdruck realer Alltagserfahrungen. Diese Erfahrungen werden politisch entweder ignoriert, geleugnet oder instrumentalisiert – selten aber konstruktiv gelöst.

### **Gibt es dennoch Anlass zu Hoffnung?**

**Herwig Birg |** Hoffnung ja. Illusionen nein. Wir können den demografischen Wandel gestalten, aber nicht aufhalten. Voraussetzung ist eine ehrliche, faktenbasierte Debatte ohne ideologische Scheuklappen. Gesellschaften, die bereit sind, unbequeme Wahrheiten anzuerkennen, haben zumindest die Chance, ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Alle anderen werden von der Demografie überrollt, so wie Deutschland.

Das Interview ist in der Ausgabe 2026-1 im Magazin *mitmenschenreden* veröffentlicht worden. Wir bedanken uns für die Möglichkeit der auszugsweisen Zweitveröffentlichung.

[www.mitmenschenreden.de](http://www.mitmenschenreden.de)

Prof. Dr.  
Herwig Birg





# Föderalismus frisst Reformen

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Dr. Ulrich Vosgerau

Als Staatsrechtler analysiert Dr. Ulrich Vosgerau im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt den Föderalismus jenseits politischer Schlagzeilen. Es geht um verfassungsrechtliche Grenzen, historische Prägungen und die Frage, warum Zentralisierung Effizienz verspricht, föderale Ordnung jedoch Legitimität sichert – und weshalb einfache Reformideen oft am Grundgesetz scheitern.

**Ralf M. Ruthardt |** Wenn ich über den Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland nachdenke, dann liegen für mich als Unternehmer Vergleiche so verführerisch nahe. Nehmen wir nur die Prozessautomatisierung und Prozessoptimierung. Seit den 1990er-Jahren haben wir Projekte bei großen Unternehmen realisiert, bei denen die Digitalisierung, der Aufbau von Shared-Services-Centern und Business Processing Outsourcing zusammen betrachtet wurden.

Was meine ich damit? Man hat die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt. Es wurden Geschäftsprozesse international harmonisiert, verschlankt und automatisiert. Und man hat sogenannte Shared-Service-Center aufgebaut, um beispielsweise die Bearbeitung von Lieferantenrechnungen über viele Konzerngesellschaften hinweg an einer Stelle zentral und effizient bearbeiten zu lassen. Noch dazu so manches Mal an Standorten, die beispielsweise günstige Lohnkosten und ausreichend qualifiziertes Personal verfügbar hatten. Anstelle an mehreren Standorten oder Gesellschaften wurden somit bestimmte Aufgaben an einer Stelle unter optimierten Bedingungen bearbeitet. Qualitätssteigerung und Kostensenkung waren das Ergebnis.

### **| Ein Shared-Service-Center | für Deutschland?**

Das ist mein Einstieg, lieber Herr Dr. Ulrich Vosgerau, in eine gemeinsame Betrachtung unseres Föderalismus. Und den erwartbar hinkenden Vergleich formuliere ich in folgen-

der Frage: Kann man viele der dezentralen Verwaltungsaufgaben zusammenführen und damit das „Unternehmen“ Bundesrepublik Deutschland effizienter machen? Oder um an die Ausführungen von Markus Söder im Januar 2026 anzuknüpfen: Braucht es 16 Bundesländer? Muss jedes Bundesland für seine vielen Aufgaben jeweils eine eigene Verwaltung vorhalten oder lässt sich da vieles in eine Struktur überführen, die einem Shared-Service-Center entspricht? Ist es nicht möglich, einige geeignete Verwaltungsaufgaben in Indien oder Tunesien erledigen zu lassen, wo wir hierzulande über Fachkräfte- bzw. Ressourcenmangel klagen? Dann könnten Menschen in ihren Heimatländern bleiben und wir würden dort zum Wachstum von Wohlstand beitragen. Und: Müssen wir in Anbetracht leerer Haushaltskassen nicht endlich rationalisieren?

### **| Nur noch zehn Bundesländer?**

**Ulrich Vosgerau |** Schön, mit welcher Dynamik Sie in unser Gespräch starten. (lacht) Gleichwohl müssen wir eine Struktur in die von Ihnen angesprochenen Punkte bringen.

**Ralf M. Ruthardt |** Dann starten wir mit dem Gedanken, dass in Deutschland vier, fünf oder zehn Bundesländer ausreichend sein könnten. (lacht)

**Ulrich Vosgerau |** Dann gehen wir es mal verfassungstechnisch an. Eine Umsetzung Ihres Gedankens ist deswegen schwierig – um nicht zu sagen unmöglich –, weil die Neugliederung des Bundesgebiets der ein-



zige Fall ist, bei dem das Grundgesetz eine Volksabstimmung vorschreibt.

**Ralf M. Ruthardt** | Das ist doch etwas, was viele Menschen ohnehin einfordern: mehr Volksabstimmungen.

**Ulrich Vosgerau** | Ja, viele Leute sind für Volksabstimmungen, also für mehr direkte Demokratie. Oftmals wird dabei gesagt, das würde so im Grundgesetz stehen: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus und wird durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Die Antwort ist jedoch, dass das Grundgesetz hier sehr selektiv ist.

**Ralf M. Ruthardt** | Nun, primär haben wir eine repräsentative Demokratie ...

**Ulrich Vosgerau** | Die Neugliederung des Bundesgebiets ist der einzige im Grundgesetz vorgesehene Fall, in dem es zu einer Volksabstimmung kommen muss. Davon abgesehen ist es heute so, dass Staatsrechtslehrer Elemente direkter Demokratie nicht unbedingt als verfassungswidrig ansehen, aber es müsste jedenfalls das Grundgesetz dafür entsprechend geändert werden.

## | Nur Volksabstimmungen

In der Geschichte der Bundesrepublik ist es selten vorgekommen, dass Bundesländer neugegliedert wurden. Die Neugliederung des Bundeslandes Baden-Württemberg, ursprünglich gab es Baden und Württemberg-Hohenzollern, ist ein solcher Fall gewesen. Bereits die Integration des Saarlandes in das Bundesgebiet war bei genauer Betrachtung eigentlich auch schon wieder eine andere Konstellation. Es fand eine Volksabstimmung im Saarland statt, das damals formell unabhängig war – und real zu Frankreich gehörte. Das Saarland wurde nach Artikel 23 (alte Fassung) in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert. Das war der

eigentliche Zweck von Artikel 23. Für den späteren Umgang mit der DDR war dieser Artikel eigentlich gar nicht gedacht gewesen.

Zurück zu Ihrem Gedankengang, die Anzahl der Bundesländer zu reduzieren. Es braucht Volksabstimmungen. Und in der Tat ist es so, dass die Initiativbereitschaft von Politikern eher gering ist, ihr Bundesland aufzulösen.

**Ralf M. Ruthardt** | Dabei kommt das Thema doch alle paar Jahre wieder – wenn auch nur kurzzeitig – auf die politische Agenda. Oder liegt es schlicht daran, dass es aus beispielsweise bayerischer Sicht erstrebenswert ist, aber kein Mensch in den kleinen Bundesländern sein Mandat, sein Regierungsamt oder seinen Job in der Landesverwaltung freiwillig in Frage stellt?



**Ulrich Vosgerau** | Norddeutschland betreffend gab es seit jeher den Plan, dass man Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen zu einem Nordstaat zusammenfasst. Und später dann vielleicht auch noch Mecklenburg-Vorpommern. Und genau wie Sie es in Ihrer Frage ansprechen, müsste man den großen Teil aus den heute bestehenden vier oder fünf Landesregierungen und Landtagen für überflüssig erklären. Das werden die betroffenen Politiker typischerweise nicht tun.

Davon abgesehen muss man etwas Grundsätzliches zum Föderalismus beachten: Er entspricht unserer Verfassungstradition. Wir hatten nie einen Zentralstaat, wie man ihn in Frankreich kennt. Wir waren immer föderalistisch. Deswegen ist in Deutschland der Grundgedanke der Subsidiarität besonders ausgeprägt. Das bedeutet, dass jedes Verwaltungshandeln nach Möglichkeit auf der niedrigsten Ebene stattfinden soll. Aus diesem Subsidiaritätsgedanken heraus kommt auch die kommunale Selbstverwaltung. Soweit erkennbar, stellt diese niemand im öffentlichen Diskurs ernsthaft in Frage. Übrigens, in Frankreich gab es ja, bevor Mitterrand kam, Präfekte, die die Chefs der „départements“, also quasi der Regierungsbezirke waren, die hatten dort fast uneingeschränkte Macht und wurden zentral von Paris aus eingesetzt. Quasi wie im Alten Rom, „als Cyrenius Landpfleger in Syrien war“. Mitterrand hat das dann alles abgeschafft und, quasi traditionswidrig, eine „décentralisation“ durchgesetzt. Auch die Franzosen haben es nicht mehr als legitim empfunden, dass ihnen von der Zentrale ein Chef vor die Nase gesetzt wird, der in der Region gar nicht verwurzelt ist.

**Ralf M. Ruthardt** | Meine Fusionsüberlegungen sind auf halber Wegstrecke mehr oder weniger gescheitert. Nun wechseln wir bitte für einen Moment die Perspektive und fragen

uns, was dem Föderalismus abzugewinnen ist.

## | Wettbewerbsföderalismus

**Ulrich Vosgerau** | Wenn der Föderalismus funktioniert, ist er sehr sinnvoll. Wird er als effektiver Wettbewerbsföderalismus ausgestaltet, können die Menschen unmittelbar erkennen, welches Bundesland die bessere Politik macht. Das kann für politische Änderungen und Verbesserungen in anderen Bundesländern sorgen, die bessere Idee setzt sich wie von selbst durch, wenn der Erfolg am Tage liegt. Aus irgendeinem geheimnisvollen Grund verhält es sich jedoch so, dass in Deutschland eine Nivellierung immer nur nach unten stattfindet.

Nehmen wir ein populäres Beispiel, das bei Umfragen die Leute begeistert: Sollte man das Schulsystem bundesweit vereinheitlichen, damit die Schulkinder beim Umzug in ein anderes Bundesland nicht aufgrund anderer Lehrpläne und Bewertungsmaßstäbe fast immer große Schulprobleme bekommen? Für so ein Ansinnen bekommt Politik sofort Mehrheiten und sehr viele Leute befürworten die Vereinheitlichung. Die Frage ist, ob sich die Schulen in Bremen dann in ein paar Jahren auf das bayerische oder sächsische Niveau angepasst haben. Es ist immer umgekehrt: Es gleicht sich nach unten an. Warum auch immer, aber Nivellierung funktioniert immer nur „nach unten“. Es würde dazu führen, dass dann irgendwann in Bayern das Bildungsniveau auch nicht anders ist als in Bremen.

**Ralf M. Ruthardt** | Lassen Sie mich zunächst noch eine Rückfrage stellen, bevor wir zur länderübergreifenden Vereinheitlichung zurückkommen. Die Fusionierung von Bundesländern könnte wiederum durch eine Grundgesetzänderung womöglich vereinfacht werden, wobei einer solchen Änderung



sowohl die Bundesebene als auch mindestens die Länderkammer, der Bundesrat, zuzustimmen hätte. Ist das richtig?

**Ulrich Vosgerau** | Es müssen sowohl die Bundesländer als auch der Bund einer solchen Änderung des Grundgesetzes zustimmen. Aber das halte ich nicht für den wesentlichen Punkt. Sie haben vorher Markus Söder erwähnt. Das Einfordern einer Reduzierung der Anzahl an Bundesländern entspricht geradezu einem Wahlkampfprinzip bei der CSU. Das machen die immer wieder. Erinnern wir uns an die „Ausländermaut“ für Autobahnen. Jeder Jurist und speziell jeder Europarechtler konnte ohne groß nachzudenken sagen, dass das selbstverständlich mit dem Europarecht nicht übereinstimmt. Die CSU unter Horst Seehofer glaubte damals einen ganz großen „Wahlkampfhammer“ gefunden zu haben. Also wurde das propagiert und man hat sogar den damaligen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer – der ist jetzt weg vom Fenster – geradezu gezwungen, das auch noch umzusetzen.

**Ralf M. Ruthardt** | Danke für diese Einordnung. Wir kommen nochmals auf die potenziellen Stärken des Föderalismus und auf die Bildung als eine maßgebliche Ländersache zu sprechen.

Kann der Föderalismus den Wettbewerb um die beste Politik fördern? Ich erinnere mich noch an eine Zeit, zu der das Abitur aus Baden-Württemberg oder Bayern nicht nur in den Personalabteilungen der Unternehmen höher gewertet wurde als meinetwegen ein Abitur aus Bremen; die Bremerinnen und Bremer mögen mir diesen Vergleich nachsehen. Weg vom kleinsten gemeinsamen Nenner als politischem Konsens. Fokus auf Chancen anbieten, Leistung einfordern und Qualifikation als Ziel von Bildungspolitik in den Mittelpunkt stellen.

**Ulrich Vosgerau** | Auf den ersten Blick und bei theoretischer Betrachtung ist mehr Wettbewerb immer gut. In praktischer Hinsicht führt der Bildungswettbewerb zwischen den Bundesländern natürlich dazu, dass Umzüge von einem Bundesland in ein anderes kompliziert werden können. Man erinnert sich, dass noch in den 80er-Jahren rechtlich formell Bonus- und Malusregelungen gab. Da wurde dann beispielsweise die bayerische Abiturnote eines jungen Menschen beim Umzug nach Niedersachsen umgerechnet, um etwa den Zugang zur Hochschule qualifikationsgerecht zu machen. Das hat das Bundesverfassungsgericht gestoppt, weil es dem Grundsatz der Bundestreue widerspricht. Also, da gibt es dann ab einem bestimmten Punkt rechtliche Grenzen.

**Ralf M. Ruthardt** | Das Fusionieren von Bundesländern zwecks mehr Effizienz – geht nicht einfach so. Der Wettbewerb zwischen den Bundesländern als Anreiz, eine bessere Politik zu machen – hat Hürden. Nun, als Verfassungsrechtler scheinen Sie die besondere Gabe zu haben, all diese kreativen Ideen ins Leere laufen zu lassen. (lacht)

Um es nochmals pointiert zusammenzufassen: Jeder dieser vorgetragenen Gedanken, die mir als einfachem Bürger plausibel erscheinen, ist womöglich auf eine populistische Art und Weise von irgendwelchen Politikern vorgetragen worden, die sehr wohl um die Restriktionen der Verfassungsrealitäten wissen werden.

## | Wir sind kein Staatenbund

**Ulrich Vosgerau** | Ja, genau. Wir sind ein Bundesstaat und eben kein Staatenbund. Bei einem Staatenbund stehen letztlich unverbundene Staaten nebeneinander. Diese agieren souverän und haben sich für bestimmte Politikfelder, zumal zwecks Wirkungsverstärkung in der Außen- und

Verteidigungspolitik, zumal, wenn man keine Großmacht ist, zusammengetan. Für Deutschland haben wir einen Bundesstaat. Es ist ein Staat und daher gelten gemeinsame Grundsätze, z. B. eben auch der Grundsatz der Bundestreue. Es sei auch auf den Artikel 72 Absatz 2 im Grundgesetz hingewiesen, wo vom Ziel einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet die Rede ist.

**Ralf M. Ruthardt** | ... und jetzt muss ich noch den Gedanken „opfern“, dass der Länderfinanzausgleich angepasst werden kann?

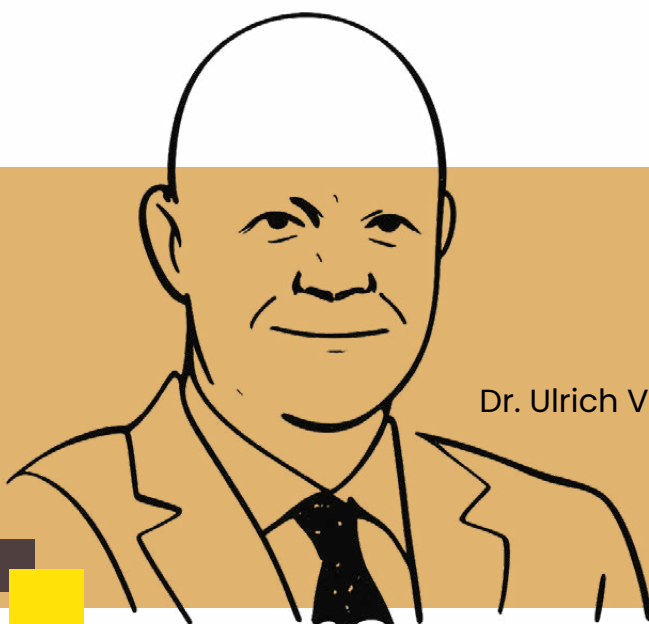
**Ulrich Vosgerau** | Zunächst: Der Länderfinanzausgleich heißt nicht mehr so, weil man die entsprechende Vorschrift in Artikel 107 des Grundgesetzes im Jahr 2017 geändert hat. Dies änderte aber nichts daran, dass es etliche Bundesländer gibt, die die in Art. 72 Abs. 2 GG vorgesehenen „gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ auf ihrem Gebiet aus eigener Kraft nicht herstellen könnten. Die große Mehrheit der Bundesländer sind Nehmerländer. Politikern in den Nehmerländern scheint dieser demütigende Gegensatz von „Nehmerländern“ und „Geberländern“ auf die Nerven gegangen zu

sein. Es gibt aber nach wie vor natürlich einen „Finanzkraftausgleich“, wie der Länderfinanzausgleich heute eben heißt.

In der Sache hat sich jedoch nichts geändert: Es gibt mehr Bundesländer, die Gelder erhalten, und es gibt mit Bayern und Baden-Württemberg zwei Bundesländer, die seit Jahren den Hauptteil des Ausgleichs zu tragen haben.

Diesen gibt es seit einer Änderung des Art. 107 GG im Jahr 2017 eigentlich gar nicht mehr, da man irgendwann den für manche demütigenden Gegensatz zwischen „Nehmerländern“ und „Geberländern“ nicht mehr haben wollte. Sowohl Mecklenburg-Vorpommern wie Sachsen-Anhalt dürften auf das Funktionieren und die Aufrechterhaltung des Finanzkraftausgleich-Mechanismus weithin angewiesen sein.

Allein schon wegen der Erwähnung der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ in Art. 72 Abs. 2 GG und dem Bundesstaatsprinzip überhaupt gilt der Länderfinanzausgleich als verfassungsrechtlich geboten; er dürfte freilich nicht einfach abgeschafft werden.



Dr. Ulrich Vosgerau



## | Gleiche Lebenswertigkeit

Der „Finanzkraftausgleich“ funktioniert so: Zunächst erfolgt eine primäre horizontale Steueraufteilung (Art. 107 Abs. 1 GG). Nur die Landessteuern und der Länderanteil an der Einkommens- und der Körperschaftsteuer gehören zunächst dahin, wo sie örtlich aufgekomen sind; der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer wird hingegen nach der Einwohnerzahl der Bundesländer verteilt. So errechnet sich der „Umsatzsteuer-vorweganteil“ eines jeden Landes.

Dann erfolgt der „sekundäre horizontale Finanzausgleich“ (Art. 107 Abs. 2 Satz 2 und 3 GG). D. h.: Bei der Verteilung der Länderanteile am Aufkommen der Umsatzsteuer gibt es Zuschläge und Abschläge nach der jeweiligen Finanzkraft eines Landes. Darüber hinaus gibt es auch noch den „sekundären vertikalen Finanzausgleich“: Finanzschwache Länder erhalten Ergänzungszuweisungen aus dem Bundeshaushalt, und dasselbe gilt für Gemeinden und Gemeindeverbände, die lokal eine besonders niedrige Steuerkraft aufweisen.

## | Umverteilung geboten?

Verfassungsrechtlich besteht Einigkeit, dass im Prinzip diese Umverteilung zwischen den Ländern nach finanzieller Stärke verfassungsrechtlich geboten ist. Im Rahmen des Bundesstaates wird man sie also auch nicht ganz wegstreichen.

**Ralf M. Ruthardt** | Zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland hat dieser finanzielle Ausgleich erkennbar funktioniert. Ich interpretiere den Gedanken hinter dem nunmehr andersbenannten Länderfinanzausgleich dahin gehend, dass es für die jeweiligen Nehmerländer eine Hilfe sein sollte, um beispielsweise strukturschwache Regionen

entwickeln zu können. Wenn wir nochmals nach Bayern schauen, dann war es von 1950 bis einschließlich 1988 ein Nehmerland. Der Länderfinanzausgleich scheint die Chance gewesen zu sein, um eine erfolgreiche Industrie- und Standortpolitik zu machen.

Heutzutage kann man als gemeiner Bürger mit Blick auf Berlin und andere Bundesländer den Eindruck haben, dass dort die Politik es sich womöglich etwas bequem macht. Man gönnt sich dies und das – und die Politik schafft keine strukturellen Optimierungen. Könnte man feststellen, dass die Mittel aus Bayern und Baden-Württemberg andersorts zu einer unangemessenen politischen Bequemlichkeit geführt haben? Ist das ein populistischer Gedanke?

**Ulrich Vosgerau** | Das ist es ja, was von Bayern immer wieder geltend gemacht wird. Es ist ein Grund für die vielen Finanzausgleichsklagen, dass es beispielsweise in Berlin viele Sozialleistungen gibt, die die Bayern sich nicht leisten. Schauen Sie doch darauf, wo Plätze in Kindertagesstätten etwas kosten und wo nicht. Es gibt also gute Gründe, den Finanzausgleich zwischen Bundesländern zurückzufahren. Abschaffen wird man ihn nicht können.

## | Bundeszwang – und die AfD?

Da gibt es ein Risiko, welches in der Zukunft zum Tragen kommen kann. Der Länderfinanzausgleich könnte irgendwann im Sinne einer Art politischer Steuerung missbraucht werden. Das wäre natürlich verfassungswidrig. Jedoch: Sobald in den ersten Bundesländern die AfD regiert, könnte es eine Reaktion geben. Es ist viel vom Bundeszwang die Rede. Das halte ich aber gar nicht für die größte Bedrohung, weil der Bundeszwang auf Fälle beschränkt ist, wo ein Bundesland seine Pflichten gerade gegenüber dem Bund nicht mehr erfüllt, er dient keineswegs einer

allgemeinen Oberaufsicht des Bundes über die Länder. Ich sehe eher die Gefahr, dass der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat mit einfacher Mehrheit den gesetzlichen Rahmen für den Finanzausgleich zwischen den Bundesländern verändern könnten. Die Details sind nämlich in einem einfachen Bundesgesetz, dem Finanzausgleichsgesetz, geregelt. Einfach gesagt: AfD-regierte Bundesländer – das würde natürlich verklausuliert formuliert – bekommen dann kein Geld mehr.

**Ralf M. Ruthardt |** Geht das etwas genauer? Was meinen Sie mit verklausuliert formuliert?

**Ulrich Vosgerau |** Man könnte sagen, dass Bundesländer, an welchen Parteien mitregieren, die von Verfassungsschutzbehörden im Bund oder in anderen Bundesländern beobachtet werden, von den Finanzaufwendungen aus dem Ausgleich der Bundesländer ausgeschlossen werden.

**Ralf M. Ruthardt |** Das wäre dann wohl verfassungswidrig.

**Ulrich Vosgerau |** Ja, aber wenn das Bundesverfassungsgericht *keine* einstweilige Anordnung macht, die besagt, dass bis zur Klärung alles so weitergeht wie bisher, dann würde ein solches Bundesland während des mehrjährigen Rechtsstreits zahlungsunfähig werden. Gerade die Bundesländer, in welchen die AfD in Regierungsverantwortung kommen könnte, sind Bundesländer, die sich finanziell nicht selbst tragen können. Schauen Sie nach Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt – die sind auf Zuflüsse aus dem Länderfinanzausgleich angewiesen.

**Ralf M. Ruthardt |** Lassen Sie uns als Nächstes über Mechanismen sprechen, die immer mehr Macht von den Bundesländern zum Bund verschieben. Ist das aus rechtsstaat-

licher oder demokratischer Perspektive problematisch?

## | Mehr Kompetenzen beim Bund

**Ulrich Vosgerau |** In der Geschichte des Grundgesetzes sind immer mehr Kompetenzen an den Bund abgeflossen. Ein Grund liegt in verschiedenen, entsprechenden Grundgesetzesänderungen bzw. einer allmählichen Veränderung der Auslegung des Grundgesetzes. Das Grundgesetz ist von Haus aus eigentlich so konzipiert, dass die Gesetzgebungszuständigkeit grundsätzlich bei den Ländern liegt und die Bundeszuständigkeit zur Gesetzgebung eine Ausnahme ist, die Ausnahmen werden dann aber in langen Katalogen aufgezählt, sodass sich in der Gesamtschau der Ausnahmecharakter wieder aufzulösen scheint.

Man unterscheidet dabei die ausschließliche und die konkurrierende Bundeszuständigkeit. In die ausschließliche Bundeszuständigkeit fallen etwa Außenpolitik, Verteidigung, Staatsbürgerschaft und das Passwesen. Zudem gibt es konkurrierende Bundeszuständigkeiten. Da sind die Länder regelungsbefugt, solange nicht der Bund von seiner Regelungskompetenz in abschließender Weise Gebrauch macht.

## | Bundeszuständigkeit – ein Fluch oder ein Segen?

Die Bundesrepublik Deutschland ist im Vergleich mit den USA ein relativ zentralistischer Bundesstaat. In den USA geht es föderalistischer her. Dort gibt es im Prinzip ein bürgerliches Recht für jeden Bundesstaat. Dabei muss man zudem natürlich im Auge behalten, dass das bürgerliche Recht in den USA in der Regel nicht Gesetze als Rechtsquellen hat, sondern es ist ein Case-Law-System. D. h., Gerichtsentscheidungen, sogenannte Präzedenzfälle, sind zumeist die



eigentliche Rechtsquelle. Das entspricht der englischen Common-Law-Tradition.

Zwar gibt es manchmal Gesetzbücher, wie in Kalifornien zum Beispiel ein Zivilgesetzbuch. Aber das ist eben als solches nicht die Rechtsquelle; es ist eine Art Gedächtnisstütze, hier werden die wichtigsten Gerichtsentscheidungen systematisierend zusammengefasst. Außerdem hat in den USA jeder Bundesstaat sein eigenes Strafgesetzbuch! Anders bei uns in Deutschland. Während Strafrecht und Zivilrecht in Deutschland schon sehr lange vereinheitlicht sind, sind aber auch unter dem Grundgesetz, also seit 1949, tendenziell immer mehr Aufgaben zum Bund abgewandert, eben weil sie sich vielfach eben nur auf Bundesebene einigermaßen sinnvoll regeln lassen. Gegenteil hierzu – die Länder fühlten sich natürlich entgegen der Grundintention des Grundgesetzes zunehmend entmachtet – waren dann die beiden Föderalismusreformen (I und II) von 2006 und von 2009. Zumal die Föderalismusreform I hat die Gesetzgebungszuständigkeit auf etlichen Feldern verkompliziert und unübersichtlich gemacht, so gibt es z. B. seither manchmal eine konkurrierende Bundeskompetenz einerseits und eine Abweichungsbefugnis der Länder andererseits ...

Weiterhin gibt es Felder, wo nun einmal glasklar eine Länderzuständigkeit besteht, diese ist aber nicht praktikabel, entweder auf der ganzen Linie nicht, oder jedenfalls muss die Länderzuständigkeit gewissermaßen „moderiert“, die Länderpolitik abgeglichen und aufeinander abgestimmt werden – was ja eigentlich bei reiner Länderzuständigkeit gar nicht vorgesehen wäre, da die Länder ja „Verbände von Staatsqualität“ sein sollen, wie das Bundesverfassungsgericht sagt. Es geht dann aber aus praktischen Gründen nicht, und deswegen gibt es Institutionen wie die „Kultusministerkonferenz“, die im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, de facto aber die

wirklichen und relevanten Weichenstellungen in der Schul- und Bildungspolitik vornimmt.

Das Rundfunkrecht fällt ebenfalls in die Zuständigkeit der Länder. Das ist aber nicht praktikabel, weil die Rundfunkwellen, und jetzt erst recht das Internet, mit dem jetzt ebenfalls „gesendet“ wird, sich ihrer Natur nach nicht auf ein Bundesland beschränken und an seiner Grenze haltmachen würden. Daher gibt es den Rundfunkstaatsvertrag, auf den sich alle Länder einigen müssen und der dann faktisch und funktionell ein „Bundesrundfunkgesetz“ ersetzt. Dafür müssen auch immer, wenn der Rundfunkstaatsvertrag geändert wird, alle Landtage zustimmen – meinte man jedenfalls bisher, und nahm das als Argument für die hervorragende demokratische Legitimation des vielfach nun in der Kritik stehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Als der Landtag von Sachsen-Anhalt vor ein paar Jahren jedoch einer Rundfunkbeitragsenerhöhung nicht zustimmen wollte, meinte das Bundesverfassungsgericht auf einmal, es komme nicht darauf an, und wenn die „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF)“ den Mehrbedarf festgestellt habe, dann müssten die Landtage eben zustimmen, ansonsten werde die Zustimmung „fingiert“.

**Ralf M. Ruthardt |** Wenn ich es – etwas ernüchtert – zusammenfasse, dann bleibt von markigen Forderungen nach einer Zusammenlegung von Bundesländern, nach einer grundlegenden Änderung des Länderfinanzausgleichs und nach möglichst viel Wettbewerb um die bessere Politik zwischen den Bundesländern wenig bis nichts übrig.

Nun, dann hoffen wir abschließend, lieber Dr. Ulrich Vosgerau, darauf, dass der konservative Liberalismus dem Föderalismus etwas abgewinnen kann.

**Ulrich Vosgerau |** Es kommt drauf an, wo

man die Frage stellt. Der konservativ gegründete Liberale sieht, dass das Recht und ein als legitim empfundenenes Recht immer nur aus der Verfassungsüberlieferung kommen kann. Deutschland hat eine föderalistische Tradition, die die besondere Rolle der Länder und das Regionale betont. Das werden wir in Deutschland langfristig als legitim erleben. In anderen Staaten ist es ob deren jeweiliger Historie anders. So ist Frankreich seit dem 13. Jahrhundert zentralstaatlich organisiert. Die würden es wiederum nicht begreifen, wenn es unterschiedliche Regelungen in verschiedenen Regionen gibt. Das geht ja hin bis zu so Details, dass ganz Frankreich quasi am selben Tag Sommerferien bekommt.

**Ralf M. Ruthardt |** Und an der Stelle sind wir jetzt dort angekommen, wo man unseren Föderalismus im Prinzip im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation verorten kann.

**Ulrich Vosgerau |** Das kann man wohl so sagen, ja.

**Ralf M. Ruthardt |** Herzlichen Dank für Ihre Erklärungen als Staatsrechtler zum Föderalismus in Deutschland. Wenn wir das nächste Mal die Aufforderung hören, dass Bundesländer zusammengefasst und der Finanzausgleich zwischen den Ländern neu geordnet werden soll, wird sich die Euphorie in Grenzen halten. (lacht)

Das Interview ist in der Ausgabe 2026-2 im Magazin *mitmenschenreden* veröffentlicht worden. Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung.

[www.mitmenschenreden.de](http://www.mitmenschenreden.de)

# HAYEK

## regional



Foto: Pascal Lüttmann



In dieser Rubrik geht es um Berichte über die Aktivitäten der regionalen Organisationen der HAYEK-Gesellschaft. In diesen Foren werden Hayeks Ideen in die Fläche getragen. Damit leisten die Hayek-Foren einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der Freiheit und Eigenverantwortung wieder einen hohen Wert haben und der Einzelne sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bereit ist zu stellen.

## **Quo vadis, Soziale Marktwirtschaft?**

Prof. Dr. Peter Altmiks stellte sein aktuelles Buch in Hannover vor. Das Forum dafür bot die regionale Organisation der Hayek-Gesellschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist heute nicht mehr dieselbe wie in den Achtzigerjahren oder zu ihrer Einführung 1948. Das Konzept ist äußerst anpassungsfähig und unterliegt einer stetigen Entwicklung. Jedoch sind diese Veränderungen nicht immer nur positiv zu bewerten, sondern leisten auch ihren Beitrag zu den aktuellen Krisen im Lande.

Wie ist diese Entwicklung gerade in freiheitlicher Hinsicht zu bewerten und wie sieht die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft aus?

Prof. Dr. Peter Altmiks, Professor für Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management in Hannover, nahm diese Fragen zum Anlass, ein Buch zu diesem Themenkomplex herauszubringen, in dem renommierte Experten, darunter u. a. Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Prof. Dr. Gunther Schnabl und Prof. Dr. Stefan Kooths, Beiträge beigesteuert haben. 2025 unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft und Freiheit: Analyse – Herausforderungen – Reformvorschläge“ erschienen, präsentierte Prof. Dr. Altmiks das Buch am 19. Januar 2026 beim Hayek-Klub Hannover und ging dabei insbesondere auf drei ausgewählte Beiträge ein, die einen guten thematischen Querschnitt des Buches repräsentierten.

Steve Palaser  
*Hayek Hannover*

# ***Dabei sein ...***

Die regionalen Hayek Foren sind Orte lebendiger Debatte und offen für alle, die Freiheit, Verantwortung und marktwirtschaftliches Denken nicht nur theoretisch betrachten, sondern im Austausch mit anderen schärfen wollen. Hier treffen unterschiedliche Erfahrungen aufeinander, entstehen neue Netzwerke

und oft auch überraschende Perspektiven. Wer geistige Unabhängigkeit schätzt und Argumente lieber prüft als nachspricht, sollte diese Veranstaltungen nicht verpassen.

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)



## Das Mentorenprogramm. Ein Aufruf zum Mitwirken

Seit vielen Jahren engagiert sich die Hayek-Gesellschaft intensiv in der Förderung junger Menschen. Jahr für Jahr nehmen zahlreiche Schüler und Studenten an unseren Seminaren und Tagungen teil – Persönlichkeiten mit Neugier, Leistungsbereitschaft und dem Wunsch, Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig vereint die Hayek-Gesellschaft ein breit gefächertes Netzwerk aus Unter-

# Mentoren-Programm

nehmern, Wissenschaftlern, Publizisten sowie erfahrenen Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Berufsfeldern. In dieser Verbindung von Erfahrung und Talent liegt ein besonderes Potenzial: der persönliche Austausch zwischen den Generationen.

### Genau hier setzt das Hayek-Mentorenprogramm an.

Es bringt engagierte Nachwuchskräfte mit berufserfahrenen Persönlichkeiten zusammen und schafft Raum für Austausch und gegenseitige Inspiration. Solche Kontakte können beispielsweise mit einem Praktikum beginnen, müssen aber nicht damit enden. Mentoring kann auch etwa Gespräche über Studien- und Berufswege, Einblicke in unternehmerische Praxis, Feedback zu individuellen Vorhaben oder auch die Vermittlung wertvoller Kontakte bedeuten. Umfang und Ausgestaltung bleiben bewusst flexibel, damit jede Mentoren-Beziehung ihren eigenen, passenden Rahmen finden kann.

Ein solches Programm stärkt nicht nur die persönliche Entwicklung der Teilnehmer. Es trägt auch dazu bei, das liberale Netzwerk um die Hayek-Gesellschaft lebendig zu hal-

ten und den Gedankenaustausch durch konkrete Zusammenarbeit zu ergänzen. Nachwuchskräfte gewinnen Orientierung und Perspektiven für ihren weiteren Weg, während Mentorinnen und Mentoren mit klugen, motivierten jungen Menschen in Kontakt kommen. Nicht selten entstehen daraus Impulse, von denen beide Seiten langfristig profitieren.

Um derartige Begegnungen zu ermöglichen, möchten wir den Kreis der Mentorinnen und Mentoren erweitern. Wenn Sie bereit sind,

Ihre Erfahrungen weiterzugeben und junge Talente ein Stück ihres Weges

zu begleiten, laden wir Sie herzlich ein, Teil dieses Programms zu werden. Eine Mitgliedschaft in der Hayek-Gesellschaft ist dafür nicht erforderlich. – Bei Interesse freuen wir uns über Ihre Nachricht an das Büro der Hayek-Gesellschaft.

Gestalten Sie mit uns den Austausch zwischen den Generationen – persönlich, praxisnah und zukunftsorientiert.

Dr. Hendrik Hagedorn  
*Mitglied des Vorstands der  
Hayek-Gesellschaft*



## **Die große Verwirrung. Ein Reisebericht aus einer Republik zwischen Moral, Macht und Markt**

Unsere letzte Klubveranstaltung des Jahres wurde durch einen Vortrag von Tino Gottsmann geprägt, der die libertäre Ausrichtung der Politik von Javier Milei in Argentinien, erste erkennbare Wirkungen sowie mögliche Perspektiven für Europa beleuchtete. Die anschließende Diskussion zeigte vor allem eines: Das Interesse an ordnungspolitischen Alternativen wächst.

Zuvor hatte ich Gelegenheit, sowohl die BücherMesse „SeitenWechsel“ in Halle (Saale) als auch die Hayek-Tage in Weimar zu besuchen. Die Messe war im Vorfeld Gegenstand kritischer medialer Einordnungen. Vor Ort bot sich mir jedoch das Bild eines gut besuchten Treffens überwiegend kleiner und unabhängiger Verlage sowie mehrerer tausend Besucher mit durchaus unterschiedlichen politischen Perspektiven. Was viele verband, war das Interesse an offener Debatte und an Fragen individueller Freiheit. In zahlreichen Gesprächen ging es um das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Steuerung, wirtschaftlicher Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Entwicklung.

Bereits die Ankunft ließ erahnen, dass die Veranstaltung Aufmerksamkeit auf sich zog. Demonstrationen begleiteten den Zugang, die Polizei sorgte für geordnete Wege. Solche Bilder gehören inzwischen zum Alltag einer politisierten Öffentlichkeit – unabhängig davon, aus welcher Richtung Protest kommt.

Innerhalb des Messegeländes überwog eine konzentrierte, diskursive Atmosphäre. Als Autor konnte ich viele aufschlussreiche Gespräche führen. Dabei zeigte sich eine verbreitete Sorge über die langfristige

wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung Deutschlands und Europas. Immer wieder wurde der Wunsch nach stärkerer Eigenverantwortung, nach verlässlichen Rahmenbedingungen und nach einer Politik geäußert, die Zielkonflikte offen benennt, statt sie rhetorisch zu überdecken.

Die Hayek-Tage, die zeitlich vor der Messe stattfanden, knüpften inhaltlich an viele dieser Fragen an. Besonders eindrücklich blieb mir ein Satz eines Teilnehmers: „Was mich am Libertarismus anspricht, ist die konsequente Skepsis gegenüber staatlicher Bevormundung.“ Diese Haltung bedeutet keineswegs Realitätsverweigerung. Niemand wünscht sich Konflikte oder Kriege – doch gerade deshalb stellt sich die Frage, wie Freiheit und Sicherheit zugleich gewährleistet werden können. Vor diesem Hintergrund erscheint die Idee einer professionell ausgestatteten Berufssarmee vielen überzeugender als verpflichtende Modelle.

Großes Interesse fand auch die Podiumsdiskussion zur geoökonomischen Lage zwischen den USA, Russland und China. Die Beiträge zeichneten sich durch analytische Nüchternheit aus und erinnerten daran, dass wirtschaftliche Stärke weiterhin eine zentrale Voraussetzung politischer Handlungsfähigkeit bleibt. Europa wirkt in strategischen Fragen nicht immer geschlossen – eine Beobachtung, die in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen dürfte.

Ein weiteres Diskussionsthema war die Rolle staatlicher Eingriffe in digitalen und finanziellen Infrastrukturen. Maßnahmen wie strengere Plattformregeln oder die Debatte um einen digitalen Euro werden von Befürwortern als notwendige Modernisierung verstanden, von Kritikern hingegen als mögliche Ausweitung institutioneller Kontrolle. Unabhängig von der Bewertung zeigt sich hier ein klassischer ordnungspolitischer



Zielkonflikt: Wie viel Regulierung braucht Stabilität – und ab wann gefährdet sie die Freiheit?

Auch die Frage der Wissensfreiheit wurde intensiv erörtert. Mehrere Referenten warnen vor einer Verengung wissenschaftlicher Debattenräume und plädierten für einen offenen Wettbewerb der Ideen – jenes Prinzip, von dem Wissenschaft seit jeher lebt. Neben aller Theorie boten die Hayek-Tage reichlich Gelegenheit zum persönlichen Austausch. Gerade in diesen Gesprächen wurde spürbar, dass ordnungspolitische Fragen längst nicht mehr nur akademisch diskutiert werden. Sie betreffen den Alltag von Unternehmen, Studierenden und Arbeitnehmern gleichermaßen.

Meine persönliche politische Lageeinschätzung fällt nüchtern aus. Viele Bürger haben den Eindruck, dass wirtschaftliche Vernunft, Eigentumsschutz und individuelle Selbstbestimmung an politischem Gewicht verloren haben. Zugleich scheint die Bereitschaft gewachsen, staatliche Lösungen auch dort zu erwarten, wo gesellschaftliche Eigeninitiative tragfähiger sein könnte.

Dabei lohnt ein Blick in die Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft. Ihr Erfolg beruhte nie auf umfassender Steuerung, sondern auf klaren Regeln, Wettbewerb und Haftung. Wo diese Balance verloren geht, drohen entweder Überregulierung oder Orientierungslosigkeit. Umso wichtiger erscheint die Einsicht, dass stabile Ordnungen selten konstruiert werden können. Häufig entstehen sie aus gewachsenen Strukturen, aus Verantwortung und aus der Fähigkeit einer Gesellschaft, Irrtümer zu korrigieren.

Die Organisatoren, Referenten und Teilnehmer der Hayek-Tage ebenso wie die Besucher der Messe haben dazu beigetragen, diese Debatten sichtbar zu halten.

Veränderung beginnt selten „von oben“. Meist entsteht sie dort, wo Bürger bereit sind, sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Eine persönliche Begegnung nach einer Stadtführung in Weimar hat mir diese Hoffnung bestätigt. Ein junger Spaziergänger sprach mich auf mein Kennzeichen an; unser Gespräch führte von den Klassikern der deutschen Geistesgeschichte zu Hayek und aktuellen ordnungspolitischen Fragen. Dass sich gerade jüngere Menschen zunehmend für Freiheit, wirtschaftliche Zusammenhänge und politische Grundsatzfragen interessieren, stimmt zuversichtlich.

Das kommende Jahr wird vermutlich noch keine grundlegende politische Wende bringen. Doch es könnte die zentralen Zielkonflikte klarer hervortreten lassen – und damit die Bereitschaft fördern, wirtschaftliche Vernunft, Freiheit und Verantwortung wieder stärker ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. – In diesem Sinne wünsche ich allen, die dem Hayek-Klub Torgau verbunden sind, eine erkenntnisreiche Zeit.

Günter Suske  
*Hayek Torgau*



Im Dialog.





## Wie ich von Marx zu Hayek und Mises fand

von Karla Wagner

Es war in meinen frühen Zwanzigern, als ich mit Karl Marx zum ersten Mal im Unterricht in Berührung kam – natürlich nur die üblichen Zitate aus dem Kommunistischen Manifest. Es sollte uns formen: Ungleichheit, Ausbeutung, Kapitalisten, die sich bereicherten, während Arbeiter schufteten. Mit Marx gab man uns ein vollständiges Erklärungssystem. Alles schien klar: Klassenkampf, Mehrwert, die inneren Widersprüche des Kapitalismus, die ihn zwangsläufig zum Zusammenbruch

## **Persönlich. Impression.**

bringen würden. Es fühlte sich wissenschaftlich an, unausweichlich, gerecht. Ich war überzeugt, dass der Sozialismus nicht nur moralisch überlegen, sondern auch ökonomisch machbar war. Planwirtschaft? Natürlich! Der Staat (oder die Arbeiterklasse) würde einfach die Produktion rational organisieren, Bedürfnisse ermitteln und Ressourcen gerecht verteilen. Wer braucht schon den „anarchischen“ Markt?

Die ersten Risse kamen durch die Realität. Ich las über die Sowjetunion, China, Kuba, DDR – überall, wo der Sozialismus tatsächlich versucht wurde, endete es in Armut, Unterdrückung und Hungersnöten. „Das war kein echter Sozialismus“, sagten sie uns noch, das übliche Mantra.

Ich wollte verändern, wollte die Welt ein Stück weit besser machen. Dabei kam ich zum ersten Mal in meinem Leben mit der Politik in Berührung. „Du musst Dich nur einbringen“, sagten sie mir, „dann kannst Du alles zum Besseren verändern.“ Ich engagierte mich,

war breit aufgestellt, war sogar als Beisitzerin im FDP-Kreisverband meiner Stadt.

Nicht genug damit, noch Mitgründerin eines Vereins „Liberale Zukunft“, der es sich zur Aufgabe machen wollte, liberale Werte in die Welt zu tragen. Aber ich fühlte mich, als ob ich im Kreis lief. Alles war nur auf eins ausgelegt: Posten und Pöstchen, Macht und Machterhalt – dafür schienen manche Menschen alles zu tun. Ich brachte es zu Ende und verabschiedete mich.

Aber irgendwann reichte die Ausrede nicht mehr. Ich wollte verstehen, warum es immer scheiterte, und zwar nicht nur moralisch oder durch „böse Menschen“, sondern systematisch. Da stieß ich 2014 auf dieses Buch: „Markt, Freiheit und Reform“ – ein Milton-Friedman-Brevier. Es war wie eine Bibel.

Und dann dieser Anruf: „Geh da mal hin, melde dich da an, das ist genau das Richtige für dich.“ – So ein väterlicher Freund. Ja, das war es, denn da waren sie, die großen Österreicher. Mein erstes Mal „Juniorenkreis Politik“ der Hayek-Gesellschaft, hier in Weimar zu Gast – und ich mittendrin.

Mises, Hayek und Baader zerstörten mein bisheriges Weltbild. In einer sozialistischen Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln gibt es keine echten Preise. Ohne Preise keine rationale Wirtschaftsrechnung. Wie soll sie Kosten und Nutzen vergleichen, wenn alles „gesellschaftliches Eigentum“ ist und niemand echten Tausch betreibt? Marktpreise sind keine Erfindung des Kapitalismus – sie sind das einzige Mittel, um das verteilte, subjektive Wissen von Millionen Menschen zu koordinieren. Ohne sie herrschen Chaos, Verschwendung, letztlich Zusammenbruch.

Ich las die zu behandelnden Werke und saß stundenlang da. Es war keine moralische Kritik, kein „Sozialismus macht Menschen schlecht“. Sozialismus war eine logische Unmöglichkeit. Er kann nicht funktionieren, nicht weil die falschen Leute am Ruder waren, sondern weil er prinzipiell nicht rational wirtschaften kann.

Der Lkw-Fahrer weiß Dinge über die Straßenverhältnisse, die kein Zentralkomitee je wissen kann. Die Hausfrau weiß, welchen Preis sie für Butter noch akzeptiert. Der Unternehmer wittert eine Gelegenheit, die kein Statistiker je erfassen könnte.

Der Markt ist kein perfektes System – er ist ein Prozess, der dieses dezentrale, Wissen nutzt und koordiniert. Preise sind Signale, keine bloßen Zahlen.

Plötzlich verstand ich: Der Kapitalismus ist nicht „geplant“ von irgendwelchen bösen Eliten – er ist eine spontane Ordnung, die aus dem Handeln von Milliarden Menschen entsteht und sich selbst organisiert, weit komplexer und effizienter, als jeder menschliche Geist es je könnte.

Arrogant ist nicht der Unternehmer, sondern der Planer, der glaubt, er könne das Wissen der gesamten Gesellschaft in seinem Kopf bündeln. Das traf mich härter als jede moralische Anklage.

Marx hatte die Ausbeutungstheorie – aber er übersah, dass der Kapitalist nicht primär ausbeutet, sondern Risiko trägt, koordiniert und Innovation ermöglicht. Der Mehrwert? Der geht größtenteils an die Konsumenten in Form niedrigerer Preise, besserer Produkte, höherer Löhne. Die Geschichte hat das bewiesen: Wo immer marktwirtschaftliche Elemente zugelassen werden, steigt der Lebensstandard explosionsartig.

Ein Jahr später nach dem ersten Juniorenkreis Politik, der Hayek- Gesellschaft habe ich den Hayek-Club in Weimar gegründet. Im kommenden Jahr feiert der Club – heute, bestehend als Verein – seinen 10. Geburtstag.

Es war ein langer Entwicklungsprozess, auf den ich zurückblicke. Mein Weg, Aufklärungsarbeit im Sinne der Österreichischen Schule zu betreiben, hat sich in den vergangenen Jahren vielfältig entwickelt.

Als Co-Autorin von „Der Freiheitzackel“ und dem „Zentralrat der Freiheitlichen“ unternahm ich erste Gehversuche, denen von Facebook freiheitsfeindlich ein Ende gesetzt wurde. Aber es finden sich immer Alternativen.

Dass ich die Zitateseite „Freiheit, die ich meine“ erhalten konnte, verdanke ich Herrn Steinhöfel, der für mich bis zum OLG mehrfach gestritten hat. Heute blicke ich auf ein freiheitliches Social-Media-Netz, das in seinen ältesten Strukturen über 10 Jahre alt ist, was mich stolz macht.

Mises und Hayek haben mir gezeigt, dass Freiheit nicht nur moralisch richtig, sondern auch die einzige funktionsfähige Grundlage für Wohlstand und Fortschritt ist. Der Weg vom roten Stern zur unsichtbaren Hand war schmerzhaft – man verliert Freunde, man wird als „rechts“ beschimpft, man muss viele Illusionen aufgeben. Aber er war auch befreiend. Denn am Ende geht es nicht darum, die Welt zu retten durch Zwang, sondern sie freizulassen.

Wenn du ähnlich unterwegs bist: Lies die Bücher der großen Österreicher. Es ändert alles.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Freunden und Institutionen bedanken, die meinen freiheitlichen Weg begleitet haben.

# Der Staat als ineffizientes Monopol

von Nickolas Emrich



Zwischen digitalem Wettbewerb und analoger Verwaltung zeigt sich ein strukturelles Spannungsfeld: Während Unternehmen Effizienz zur Überlebensfrage machen, entzieht sich der Staat diesem Druck oft. Der Beitrag beleuchtet Ursachen bürokratischer Trägheit und fragt, welche Folgen fehlender Innovationsanreiz für Bürger und Steuerzahler hat.

Der Staat ist ein Monopolist. Er verfügt über das sehr seltene Privileg, nicht die gleiche Verantwortung für Effizienz tragen zu müssen wie Unternehmen in einem freien Markt. Denn während Unternehmen ständig um Kunden buhlen und ihre Effizienz verbessern müssen, um zu überleben, wird der Staat unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit und Innovationsbereitschaft finanziert. Man muss nur einmal schauen, was schneller zu beantragen ist: Eine Kreditkarte oder ein Personalausweis? Die Kreditkarte haben Sie vermutlich schon im Briefkasten, während Sie noch darauf warten, dass beim Bürgeramt überhaupt ein Termin frei wird. Bei Ersterem ist der Service völlig digital, für Zweiteres müssen Sie höchstwahrscheinlich sogar einen Urlaubstag nehmen.

Natürlich braucht ein Personalausweis in der Produktion länger, keine Frage. Aber mir geht es um den Antragsprozess. Witzigerweise weiß die Behörde sogar, wann so ein Personalausweis abläuft. Trotzdem ist man als Bürger dafür verantwortlich, einen Termin bei der Behörde zu bekommen. Jeder Telefonanbieter hätte einen bereits mit Mails und Anrufen bombardiert, wenn der Vertrag in absehbarer Zeit ausläuft.

Viele Leistungen des Staates ließen sich auch gut privatrechtlich abbilden. Ja, ich weiß, Privatisierung ist ein Reizthema und wird oft negativ gesehen. Ich verstehe aber nicht, warum, denn fast alle privaten Anbieter, die ich kenne, machen weniger Ärger als so ziemlich jede Behörde. Ich möchte nicht über die Menschen herziehen, die in der Verwaltung arbeiten. Es geht vielmehr um ein

strukturelles Problem. Staatliche Einrichtungen können nicht pleitegehen und sich dem Wandel dadurch lange entziehen. Die Krankenstände und Wartezeiten vielerorts sind aber schlicht nicht zu ignorierende Fakten. Das Problem ist nicht nur fehlendes Personal, es ist oftmals fehlende Innovation. Auf Mails bekommt man Antwort per Briefpost. Beantragt man in einem fremden Bundesland einen neuen Ausweis, dann muss das unzuständige Amt per Post einen Antrag an das Amt des Wohnsitzes schicken. Politischer Druck hat nicht die gleiche Intensität wie der Druck, der auf einem Selbstständigen lastet, dessen Firma kurz vor der Pleite steht. Dieser fehlende Problemlösungsdruck, der eben in gewisser Weise ein staatliches Privileg ist, führt dazu, dass sich Behörden bis heute gegenseitig Briefe schreiben.

Das Problem daran: Für jede ineffiziente Behörde zahlen wir Geld. Für jeden Parteifreund, für den ein neuer Posten geschaffen wird, arbeitet der Steuerzahler ein paar Sekunden länger in seinem Leben. Man kann das »Peanuts« nennen, aber es summiert sich mit der Zeit, denn das System neigt zur permanenten Expansion, während ein Abbau kaum stattfindet. Einmal geschaffene Privilegien sind hartnäckig und langlebig. Keine neue Behörde verschwindet einfach, kein Steuerschlupfloch wird kampflos aufgegeben, niemand möchte Rente statt Pension. Und auch um ineffiziente Arbeitsplätze wird gekämpft.



Die **Schweigespirale**  
der Vernünftigen.

Warum **Freiheit**  
heute Mut erfordert.

Ein Gespräch zwischen  
Christophe Lüttmann & Ralf M. Ruthardt

Als der Hayek-Club Münsterland e. V. im November 2025 zu einem Abend über Narrative, Macht und öffentliche Debatten einlud, war der Saal in Münster bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf Einladung des Vorsitzenden Christophe Lüttmann hielt der Autor und Unternehmer Ralf M. Ruthardt dort seinen Impulsvortrag „Im Windschatten der Narrative“, in dem er die zunehmende Verschiebung gesellschaftlicher Deutungsräume und die Folgen moralisch aufgeladener politischer Erzählungen analysierte.

Nach der Veranstaltung debattierten Lüttmann und Ruthardt intensiv über die Dynamik moderner Narrative, die wachsende Kluft zwischen Diskurs und Realität sowie die Frage, wie still und zugleich folgenreich gesellschaftliche Orientierungspunkte heute verschoben werden. Aus diesem Austausch entstand das nachfolgende Gespräch – ein pointierter, offener Dialog über Narrative, Moral und die leise Umformung einer Republik. – Hier geben wir einen Auszug aus dem Gespräch wieder.

**Christophe Lüttmann |** Lieber Ralf M. Ruthardt, bevor wir in die Tiefe gehen: Der Hayek-Club Münsterland will ein Ort sein, an dem freiheitliche Gedanken gepflegt werden – ohne ideologische Vorgaben. Auch deshalb haben wir Sie eingeladen. Sie beobachten und beschreiben Narrative seit Längerem. Was hat Sie veranlasst, dieses Thema so konsequent in den Mittelpunkt Ihrer schriftstellerischen Arbeit zu stellen?

**Ralf M. Ruthardt |** Es war schlicht die Erfahrung, dass sich der öffentliche Diskurs in den vergangenen Jahren über meine intellektuelle Schmerzgrenze hinaus verengt hat. Nicht die offenen Verbote als solche, sondern es ist eine Mischung aus moralischer Aufladung, medialer Wiederholung und einem sozialen Druck, der die Menschen ins Schweigen treibt. Oder mit anderen Worten: Zu viele Menschen haben sich ins Private zurückgezogen und lassen es geschehen.

## | Differenzierung wird verdrängt

Ich sehe, dass Narrativen heute eine Macht zugesprochen wird, die oft jede Differenzierung verdrängt. Das ist für mich in dieser Intensität neu. Früher war Journalismus stärke

ker an Berichten orientiert – heute zeigt sich an vielen Stellen ein politisch-moralischer Anspruch, der den Raum für Argumente kleiner macht.

**Christophe Lüttmann |** Sie haben im Vortrag daran erinnert, dass das Wort „Narrativ“ ursprünglich etwas ganz anderes meinte: Wissen durch Erzählen weiterzugeben. Heute aber erleben wir Narrative als Deutungsmuster, die lenken, ausgrenzen oder Polarisierung herstellen. Ich habe in meiner Begrüßung bewusst darauf hingewiesen, dass Narrative nicht durch Argumente wirken, sondern durch Wiederholung. Das ist eine stille, fast unbemerkte Macht. Wo beginnt für Sie der Kipppunkt?

**Ralf M. Ruthardt |** Der Kipppunkt liegt dort, wo Narrative den vernunftbasierten Diskurs ersetzen. Ein klassisches Beispiel ist die Vorstellung von „Alternativlosigkeit“, die sich in der politischen Kultur während der „Merkel-Jahre“ festgesetzt hat. Oder der Umgang mit Dissens: Wer kritisch hinterfragt, kann schnell als unsensibel, gefährlich oder problematisch markiert werden. In meinem Roman „Das laute Schweigen des Max Grund“ zeige ich diesen Mechanismus am Alltag eines



Unternehmers: Menschen schweigen nicht, weil sie nichts zu sagen hätten, sondern weil sie Sanktionen fürchten – sozial, beruflich, moralisch. Das ist eine Form schleichender Entmündigung.

**Christophe Lüttmann** | Diese Entmündigung findet nach meiner Wahrnehmung nicht im luftleeren Raum statt. Sie haben in Ihrem Vortrag CORRECTIV als Beispiel angeführt: eine „NGO“, die den Raum der Deutung aktiv mitgestaltet und dabei wiederum selbst Teil politischer Narrative ist. Warum haben Sie ausgerechnet dieses Beispiel gewählt?

**Ralf M. Ruthardt** | Was vermutlich nur wenige Leute wissen: Da gibt es mit Book-Talk.de eine Plattform, auf der Online-Workshops für Autorinnen und Autoren angeboten werden, man als Leserinnen und Leser Buchtipps bekommt und sich mit anderen Literaturbegeisterten austauschen kann. Da treten dann unter anderem Literaturexperten auf, welche man von öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten kennt. Wenn man aufmerksam ins Impressum schaut, erkennt man, dass Book-Talk.de eine Marke der CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH ist.

Nun, für mich ist es ein prägnantes Beispiel für die Verschmelzung von Deutung, Moral und politischer Strategie. Wenn eine NGOs – teilweise wohl auch mit öffentlichen Mitteln finanziert – Plattformen betreiben, die meiner Wahrnehmung nach Meinung generieren und gleichzeitig Minderungsmechanismen einsetzen, dann stellt sich die Frage nach Machtbalance. Bei CORRECTIV etwa frage ich mich, welche Daten gesammelt werden, wie sie bewertet werden und ob daraus Konsequenzen entstehen. Die Nicht-Antwort auf meine Presseanfrage hat an dieser Stelle wenig Vertrauen geschaffen.

Narrative, die mit dem Anspruch auftreten, demokratische Hygiene zu schaffen, können

faktisch selbst Debatten verengen. Meiner Einschätzung muss man sich nicht anschließen, und Widerspruch ist willkommen.

**Christophe Lüttmann** | In meiner Begrüßung habe ich ein anderes Narrativ genannt: das rund um das Bargeld. Da wird eine Freiheit infrage gestellt, indem Bargeld als altmodisch oder unnötig gerahmt wird. Ich habe es „gelebte Privatsphäre“ und „gelebte Mündigkeit“ genannt. Ich denke, dass das ein weiteres Beispiel dafür ist, wie politische Narrative in konkrete Freiheitsräume eingreifen?

**Ralf M. Ruthardt** | Absolut. Bargeld ist ja nicht nur ein Zahlungsmittel, sondern dessen Einsatz im Alltag ist praktizierte persönliche Unabhängigkeit. Dabei geht es mir gar nicht darum, wie häufig jemand eine Kreditkarte nutzt – es ist die Freiheit, eine Wahl zu haben. Schließlich geben wir vielfältig – beispielsweise beim Payback – Daten über unser Einkaufsverhalten und vieles mehr ab. Da sollten wir als Menschen auf etwas Privatsphäre bestehen.

Denn wenn politische oder mediale Narrative das Bargeld zu einem Problem erklären, ist das mehr als eine technische Diskussion. Es ist ein Eingriff in den letzten analogen Raum, in dem der Bürger ohne Protokollierung handeln kann. In dieser Logik sehe ich eine Dynamik, die sich an vielen Stellen wiederholt: Narrative reduzieren Komplexität – nicht, um zu informieren, sondern um Zustimmung zu organisieren.

**Christophe Lüttmann** | Im Vortrag wurde ein großer historischer Bogen gespannt – bis hin zu Noelle-Neumanns „Schweigespирale“. Ist das für Sie der zentrale Mechanismus, durch den Narrative gesellschaftliche Kraft entfalten?

**Ralf M. Ruthardt** | Ja, denn Narrative wirken nicht durch Wahrheit, sondern durch soziale



Resonanz. Noelle-Neumann beschreibt die Isolationsfurcht: Menschen möchten nicht außerhalb der Mehrheit stehen. Wenn die gefühlte Mehrheit – oft durch mediale Wiederholung erzeugt – eine starke moralische Haltung kommuniziert, dann entsteht für viele ein Anpassungsdruck.



So entsteht Schweigen. Und Schweigen erzeugt wiederum das Bild einer homogenen Öffentlichkeit. Genau das meinte ich, als ich sagte: Narrative zerstören nicht den Diskurs – sie ersetzen ihn.

**Christophe Lüttmann |** Sie schlagen in Ihrem Vortrag eine Brücke zur Österreichischen Schule. Ohne sie explizit zu nennen, spiegeln Ihre Romane ja Positionen dieser Denkschule: Freiheit des Individuums, spontaner Ordnungsvorrang vor Konstruktion, Warnung vor schleichendem Autoritarismus. Es ist erkennbar, dass Hayek für Sie gut in die Gegenwart passt.

### | Es braucht mehr Hayek

**Ralf M. Ruthardt |** Hayek geht von einer entscheidenden Frage aus: Wer bestimmt, was richtig ist – und wer bestimmt, dass diese Bestimmung legitim ist? Die Österreichische Schule vertraut darauf, dass Ordnung aus Freiheit entsteht, nicht aus Planung. Und sie

# Hier könnte man Ihre Anzeige sehen.

Gewinnen Sie an Sichtbarkeit.  
Und unterstützen Sie den Liberalismus.

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

erkennt die Gefahr, dass „gut gemeinte“ Politik schrittweise in Kontrolle umschlägt.

Wenn ich heute beobachte, wie moralische Narrative politische Entscheidungen legitimieren sollen, dann ist Hayeks Warnung vor der „Anmaßung von Wissen“ aktueller denn je. In meinen Romanen versuche ich, das auf meine eigene Art und Weise literarisch sichtbar zu machen.

**Christophe Lüttmann** | Im Vortrag haben Sie auf Ihre umfassenden Recherchen zu klimaorientierten NGOs verwiesen – als



Hintergrund für Ihren Roman „Untergang der GREEN“. Wenn Sie über Narrative sprechen: Wo sehen Sie dort die stärkste Reibung?

**Ralf M. Ruthardt** | In der moralischen Absolutheit. – Wenn

Klimapolitik von einem „Überlebensnarrativ“ getragen wird, wie ich es im Roman formuliere – „Es geht um Leben oder Tod!“ –, dann verschwindet die Debatte. Es entsteht ein Freund-Feind-Schema: Wer widerspricht, wird zum Leugner oder Gefährder erklärt.

Damit entzieht sich das Thema dem Diskurs und gleitet in einen missionarischen Modus.

Das halte ich – unabhängig von der Sachebene – für gefährlich. Denn Freiheit lebt von der Möglichkeit, auch grundlegende Fragen stellen zu dürfen.

**Christophe Lüttmann** | Wenn wir beide über Freiheit sprechen, reden wir nie romantisch darüber. Sondern nüchtern. Freiheit braucht Mut – und sie braucht die Bereitschaft zum offenen Diskurs.

**Ralf M. Ruthardt** | Narrative sind mächtig – aber sie sind nicht naturgegeben. Wir können sie hinterfragen. Wir können uns ihnen per Vernunft entziehen. Und wir können eigene, alternative Gedankenräume eröffnen. Freiheit entsteht nicht durch bequemes Mitlaufen, sondern durch argumentierendes Aufrechtstehen.

Wenn wir das nicht tun, segeln wir weiter im Windschatten der Narrative – und merken erst spät, dass wir längst die Kontrolle über den Kurs verloren haben.

Nun, wenn wir hier schon unter dem Logo des Hayek-Club Münsterland e. V. stehen und miteinander sprechen, lieber Christophe Lüttmann, dann sollten wir die Österreichische Schule – auch Wiener Schule genannt – einmal mehr bemühen.

**Christophe Lüttmann** | Unbedingt. Ich hatte großes Glück, bei Rahim Taghizadegan, Eugen-Maria Schulak und Gregor Hochreither den zertifizierten Lehrgang „Einführung in die Wiener Schule“ zu absolvieren. Der Lehrgang hat an der Universität im schönen Wien stattgefunden und die Erkenntnisse betrachte ich als wegweisend.

## | Künstliche Vereinfachung

Sowohl Mises als auch Hayek haben früh erkannt, dass gesellschaftliche Debatten nicht durch Fakten, sondern durch Deutungsrahmen geprägt werden – heute sprechen wir von Narrativen. Sie sahen die eigentliche Gefahr darin, dass politische Akteure diese Frames nutzen, um komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge künstlich zu vereinfachen und damit Zustimmung zu steuern.

**Ralf M. Ruthardt** | Bei Hayek zeigt sich besonders deutlich, wie sehr er vor ‚konstruierten Geschichten‘ warnte, die eine scheinbare Ordnung versprechen, obwohl

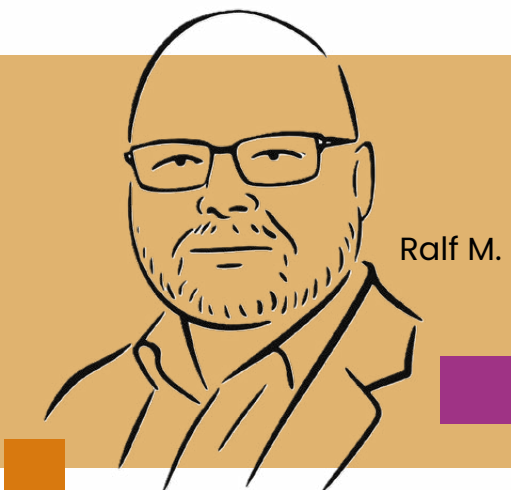
sie die tatsächliche Funktionsweise spontaner Ordnungen verzerren. Und Mises betonte, dass Ideen und die Art, wie sie erzählt werden, letztlich der Motor jeder gesellschaftlichen Entwicklung sind – im Guten wie im Schlechten.

**Christophe Lüttmann** | Und deswegen nehmen wir als Schlussgedanken, dass es Perspektiven zu öffnen gilt, statt Perspektiven zu verengen. In diesem Sinne braucht es im gesellschaftlichen und politischen Diskurs möglichst viele Impulse – für die Freiheit.

**Ralf M. Ruthardt** | Es war einmal mehr ein inspirierendes Gespräch, lieber Christophe Lüttmann. Danke dafür.



Christophe Lüttmann



Ralf M. Ruthardt

# HAYEK UND MEHR ...

## Orwellische Schatten der Gegenwart

von Dr. Bernd Fischer

In der Rubrik „HAYEK und mehr“ beschäftigen wir uns damit, Friedrich August von Hayek zu verstehen. Denn, Hayeks Analysen, Argumente und Thesen weisen weit über die Ökonomie hinaus.

Dr. Bernd Fischer absolvierte ein Studium der Physik und Mathematik. Er war in leitenden Positionen in der Finanzbranche. Nunmehr schreibt er als freier Publizist. Der Beitrag von Fischer verbindet zentrale Gedanken Friedrich August von Hayeks mit dystopischen Motiven George Orwells und fragt, ob sich liberale Gesellschaften schleichend in Richtung ideologischer Verengung bewegen. Anhand politischer, sprachlicher und kultureller Entwicklungen wird eine Diagnose gegenwärtiger Ordnungsvorstellungen entworfen.

### **Hayek, Orwell und die aktuelle Entwicklung in der Bundesrepublik**

Viele Bücher, die man in den Achtziger- und Neunzigerjahren vornehmlich mit einer historischen Perspektive in Verbindung brachte, da sie sich mit gesellschaftlichen Dystopien auseinandersetzten, werden heute als erschreckend aktuell empfunden. Zu diesem Spektrum zählen ganz unterschiedliche Werke: George Orwells „1984“, Arthur Koestlers „Sonnenfinsternis“, Max Frischs „Biedermann und die Brandstifter“ sowie Bücher, die das angepasste Denken in der DDR beschreiben, wie etwa Erich Loests „Es geht seinen Gang“. Dies gilt in ganz besonderer Weise für das epochale Werk „Der Weg zur Knechtschaft“, das nicht nur eine zeitliche Nähe zum Roman „1984“ aufweist, und insbesondere für das elfte Kapitel mit dem Titel „Das Ende der Wahrheit“.

Dieses Kapitel beginnt mit der Erläuterung, dass ein totalitäres, kollektivistisches System nur dann gut funktioniert, wenn sich das Volk mit seinen Zielen identifiziert. Dies wird durch Propaganda und die Gleichschaltung der Köpfe erreicht: „Obwohl die Glaubensartikel für das Volk ausgewählt und ihm aufgezwungen werden, müssen sie zu seiner höchst persönlichen Überzeugung werden, zu einer allgemein gültigen Doktrin, aufgrund derer die Individuen nach Möglichkeit spontan in

der vom Planer gewünschten Weise handeln.“ Allerdings stellt Hayek an anderer Stelle fest, dass der Moralkodex einer kollektivistischen Gesellschaft den Menschen „kaum zusagen dürfte“. Totale Propaganda kann sich folglich nicht „auf Fragen der Auffassung und der moralischen Überzeugung beschränken (...), sondern sie muss auch auf faktische Fragen ausgedehnt werden, denen gegenüber sich der menschliche Verstand anders verhält.“ Nur so können die Menschen zur Annahme der offiziellen Wertvorstellungen gebracht werden. Dabei arbeitet man auch mit (dysfunktionalen) Tabus (siehe etwa Bonelli). Ein Beispiel aus der heutigen Zeit wäre die als tabu betrachtete Meinung, dass der Islam und die radikalen Positionen der Linken zur Identitätspolitik unvereinbar sind.

### **Denken und Sprache**

Mit dem Eingriff in das Denken ist selbstverständlich auch ein Eingriff in die Sprache unauflösbar verbunden. Hayek erfasst diesen Aspekt der Sprachkontrolle zur Durchsetzung einer Ideologie ebenfalls messerscharf. Das Volk wird dazu gebracht zu glauben, die „neuen Götter“ (die neue Ideologie) „seien in Wahrheit das, was sein gesunder Instinkt ihm zwar immer gesagt, aber was es vorher nur unklar erkannt hätte.“ Deshalb sei es sinnvoll, „die alten Worte beizubehalten, aber ihren Sinn zu ändern“. Betrachten wir wieder



ein Beispiel aus der Gegenwart: Der Begriff „Unsere Demokratie“ steht in Wirklichkeit nicht für Demokratie, sondern für die Einschränkung der Bürgerrechte bzw. die Ausgrenzung einer gesellschaftlichen Gruppe. Hayek führt weiter aus: „Nach und nach wird im Verlaufe des Prozesses die ganze Sprache geplündert, und schließlich werden die Wörter zu leeren Gehäusen ohne feste Bedeutung, so dass man mit ihnen auch das Gegenteil bezeichnen kann und sie nur noch zum Ausdruck der Gefühlsassoziationen gebraucht werden, die mit ihnen einhergehen.“ Auch hierfür liefert unsere Gegenwart reichlich Beispiele: Entscheidungen werden als „alternativlos“ bezeichnet oder es wird von Sondervermögen statt von Schulden gesprochen. Selbst der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ ist mittlerweile verdächtig, denn viele „soziale“ Maßnahmen führen nicht zwingend zu sozialer Gerechtigkeit. Ein weiteres Beispiel ist der Begriff „Demokratieförderungsgesetz“, da auf dessen Basis auch Organisationen finanziert werden, die die demokratischen Grundlagen untergraben (vgl. Harms). Hayek selbst führt aus, dass der Begriff „Wahrheit“ (S. 205) in einer kollektivistischen Gesellschaft seine alte Bedeutung einbüßt. Auch Freiheit bezeichne dann nicht mehr die „Freiheit der Glieder der Gesellschaft“, sondern nur die „unbeschränkte Freiheit des Planers“. Die Nähe zu Orwell wird hier sehr deutlich. Er formuliert in seinem epochalen Werk „1984“ in extremis: „WAR IS PEACE“, „FREEDOM IS SLAVERY“, „IGNORANCE IS STRENGTH“.

Nach Orwell bezeichnet man die oben genannten Sprach- und Gedankenmanipulationen als Doppeldenken („Doublethink“) und Zwiesprech („Doublespeak“). Beim Doppeldenken handelt es sich um einen Indoktrinationsprozess, bei dem von den Subjekten erwartet wird, zwei widersprüchliche Überzeugungen gleichzeitig für wahr zu halten. Diese stehen oft im Widerspruch zu ihrer eigenen Erinnerung oder ihrem Realitätssinn.

Ein zentraler Ort in Orwells Roman „1984“ ist die Folterszene, in der der Wille des Protagonisten Winston Smith gebrochen wird. Dabei wird die Selbstverständlichkeit von Fakten Stück für Stück zersetzt, bis schließlich nichts mehr davon übrig bleibt. Das Ziel dieses Brechens besteht darin, dass Smith nicht nur behauptet, sondern wirklich glaubt, dass  $2 + 2 = 5$  oder 3 ist – je nachdem, was die Partei vorgibt. Dies ist das eigentliche Charakteristikum des Doppeldenkens. Als Zwiesprech wird schließlich eine Sprache bezeichnet, die die Bedeutung von Wörtern bewusst verschleiert, verzerrt oder umkehrt. Zwiesprech kann in Form von Euphemismen auftreten. Dabei geht es in erster Linie darum, eine unangenehme Tatsache aufzuhübschen. Es kann sich aber auch auf absichtliche Mehrdeutigkeiten in der Sprache oder auf tatsächliche Umkehrungen der Bedeutung beziehen. In solchen Fällen dient Zwiesprech der Verschleierung der Wahrheit. In der heutigen Bundesrepublik sind die eingesetzten Propagandamittel zwar subtiler, doch das Prinzip bleibt dasselbe. Um zum Justemilieu zu gehören, müssen entleerte oder sinnentstellte Begriffe wie die oben aufgeführten mit voller Überzeugung vertreten werden. Gendern hat übrigens eine zweifache Funktion, da es die Sprache direkt betrifft: Einerseits hat es durch die Errichtung dysfunktionaler Tabus einen Zwiesprech- und Doppeldenk-Charakter, andererseits hat es die Funktion eines Soziolektivs, da es einer selbst ernannten linken Moralelite, auf die wir unten zu sprechen kommen, mit ihrem Sammelsurium an unterschiedlichen Ideologien eine (ausgrenzende) Einheit verleiht.

### **Die Bundesrepublik auf dem Weg zur kollektivistischen Gesellschaft und ihr ideologisches Fundament**

In Deutschland handelt die Regierung seit Jahren in vielen Punkten – etwa in der Asylpolitik oder beim Gendern – ganz eindeutig

gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung. Dabei stützt sie sich auf ein Netzwerk internationaler und nationaler Institutionen, die sie dabei unterstützen, politische Entscheidungsprozesse mittels Brandmauern und anderer Gedankenschranken zu lenken. Zu diesen Institutionen zählen beispielsweise das NGO-Netzwerk (vgl. Harms), die Kirchen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und große Teile der Presse, Stiftungen, Kulturinstitute usw. Zusammen mit den Parteien „unserer Demokratie“ bilden sie ein korporatistisches Geflecht scheinbar unabhängiger, in Wirklichkeit aber ideologisch gleichgerichteter Organisationen. Die Gesellschaftsordnung in der BRD (und in vielen anderen westlichen Ländern) nimmt folglich immer stärkere korporatistische Züge an. Dies wird von repressiven Eingriffen in die Meinungsfreiheit begleitet (siehe Zeller).

Zudem greift dieser korporatistische Staat auch immer weiter in die wirtschaftlichen Belange von Unternehmen und Bürgern ein. Laut dem Statistischen Bundesamt liegt die Staatsquote in Deutschland mittlerweile bei 49,5 %, und es ist zu befürchten, dass diese Quote mit den beschlossenen Sondervermögen für die Infrastruktur und die Verteidigung zukünftig noch weiter zunehmen wird. Dies liegt daran, dass die Sondervermögen teilweise für Regelaufgaben zweckentfremdet werden, wie sowohl das ifo-Institut als auch die Bundesbank festgestellt haben. Somit besteht die Gefahr, dass die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik immer weiter in den Kollektivismus abdriftet. Dabei stellt sich allerdings die Frage nach der ideologischen Grundlage eines solchen Kollektivismus.

Alexander Grau hat unsere heutige Zeit – zumindest die der westlichen Welt – sehr treffend als Zeitalter der Hypermoral charakterisiert. Dafür haben die Linken in der Tradition der (marxistischen) Frankfurter Schule gesorgt. Auf Basis eines abstrusen

Ideologiegewirrs aus Identitätspolitik, Postkolonialismus etc. haben sie die europäische Kulturgeschichte systematisch diskreditiert. Ihrer Meinung nach ist sie der Ursprung allen Übels in der Welt: des Nationalismus, der kolonialen Unterdrückung, des Imperialismus und der Diskriminierung von Minderheiten. Auch die Religion bzw. der Glaube wurde geschleift. Die Amtskirchen haben nicht nur mitgemacht, sondern sind sogar noch einen Schritt weiter gegangen, indem sie bereitwillig theologische Grundsätze über Bord geworfen haben. Ihrer Auffassung nach ist die Erlösung der Menschen nun auf Erden möglich, und zwar durch den Kampf gegen das von ihnen definierte Böse: menschengemachter Klimawandel, von Menschen gezogene Grenzen und das Festhalten an einem biologischen Geschlechtermodell usw. Dies hinterließ eine spirituelle Lücke, an deren Stelle laut Grau eine ideologisch fundierte Moral trat, die die Ideologie hinter der Moral verschleiert: „Moral wird zum gültigen Maßstab normativer Debatten“. Es ist eine Moral, die als die letztgültige angesehen wird. Moral wird so zum „Hypermoralismus“, den Grau als „heilsgeschichtliche Utopie“ definiert. Dadurch wird sie selbst zur Ideologie.

Es versteht sich von selbst, dass ein solcher Moralismus keine Gnade gegenüber konkurrierenden Moralien oder Andersdenkenden kennt. Wer sich nicht in den immerhin zugestandenen engen Meinungskorridor hineinpfuschen lässt, wird gnadenlos bekämpft. Der Marsch der linken Hypermoralisten durch die Institutionen war so erfolgreich, dass der gesamte Bildungsapparat, die Schulen, der öffentliche Rundfunk, ein Großteil der Presse, der NGOs und der Kulturinstitute den zugrunde liegenden Ideologien der Hypermoral folgen – unabhängig davon, ob sie wahr oder falsch sind. Die Parallelen zwischen den von Hayek beschriebenen Gefahren und den Konsequenzen des Hypermoralismus, der der Globalisierung zugrunde



liegt, sind frappierend. Kritiker werden ausgegrenzt, wenn man sie nicht überzeugen kann. Für die Hypermoralisten besteht eine Diskussion lediglich darin, die Inhalte der als Rationalität getarnten moralischen Positionen – betreffen sie die alternativen Energien, das Gendern, das soziale Elend oder was auch immer – zu erläutern. Da sie sich im Besitz der ultimativen Moral wähnen, richtet sich ihre Intoleranz auch gegen vergangene Epochen mit einer abweichenden Moral. Dies führt zu einer Geschichtsklitterung oder einer „*Damnatio memoriae*“, also der Umbenennung von Straßennamen, Eingriffen in die Literatur, der Entfernung von Skulpturen und Bildern usw. Winston Smith ist Mitglied der Außenpartei und arbeitet im Ministerium für Wahrheit. Dort passt er historische Aufzeichnungen an die sich ständig ändernde Version der Staatsgeschichte an. Ähnlich verfahren die Hypermoralisten an den deutschen Universitäten. So führen sie beispielsweise das Wirtschaftswunder auf die Gastarbeiter zurück, obwohl diese erst nach dessen Eintreten ins Land kamen. Oder sie verfälschen die deutsche Kolonialgeschichte, damit sie besser zu ihren fiktiven Lehren des Postkolonialismus passt. Auch Hayek erfasst diesen Aspekt sehr deutlich.

Er spricht über die Fächer Geschichte, Recht und Nationalökonomie, denen er bescheinigt, dass in ihnen „nicht einmal mehr der Schein der Erforschung der Wahrheit“ aufrechterhalten wird. Auch an deutschen Universitäten arbeiten Fächer wie Ethnologie oder Migrationsforschung mittlerweile überwiegend nach ideologischen Prinzipien. Hayek spricht auch über die ideologisch gefärbte sogenannte „Deutsche Physik“ und ähnliche Fehlentwicklungen in den Naturwissenschaften. Auch hierzu findet man in der westlichen Gesellschaft wichtige Parallelen – man denke nur an die zweifelhafte Rolle der Wissenschaft in der Corona-Krise oder an die Klimaforschung. Selbst die Mathematik

gilt in Kreisen der selbst ernannten Moralelite bereits als rassistisch.

### **Das Paradoxon der pluralistischen Gesellschaft**

Das Paradoxon der pluralistischen Gesellschaft besteht darin, dass dieser Pluralismus zur Staatsideologie werden muss und die vermeintliche Buntheit zu einem Einheitston verschmilzt. (Auch das Wort „Diversity“ wird dadurch zu einem Begriff des Zwiesprechs.) Grau schreibt dazu: „Denn pluralistische Gesellschaften sind nicht pluralismusfähig. Sie halten sich nur aus, wenn ein vereinheitlichender Moralismus den Pluralismus im Namen höherer Normen einebnnet.“ Auch diese Erkenntnis findet sich in ähnlicher Form bereits in der „Knechtschaft“ (S. 196): „Die moralischen Folgen der totalitären Propaganda (...) vernichten jegliche Moral, da sie eine ihrer Grundlagen unterminieren, nämlich den Sinn für Wahrheit und die Achtung vor ihr.“ Dieser Prozess wird von der selbst ernannten Moralelite getragen, die den „Menschentieren“ (ein Ausdruck von Raymond Unger) vorschreibt, wen sie zu wählen haben, wie sie ihr Leben zu gestalten und ihre Kinder zu erziehen, welche Worte sie zu benutzen oder nicht zu benutzen und welche Widersprüche sie zu ertragen haben. Diese Moralelite dehnt ihre moralischen Überzeugungen auf das Faktische aus, womit wir wieder bei Hayek und bei Orwell wären, denn eine Ausdehnung auf das Faktische bedingt zwingend Zwiespruch und Doppeldenken.

Auch wenn sich in der westlichen Welt nun Widerstände gegen diese Form des Kollektivismus formieren – allen voran in den USA und in Argentinien –, stellt sie doch immer noch die größte Bedrohung dar. Wir müssen uns mit einer Welt auseinandersetzen, die zunehmend dystopische Züge aufweist. Dabei hilft es, sich auf die Prinzipien des Liberalismus und auf Hayek zu stützen, den

wir abschließend zitieren wollen. „Der Individualismus ist daher eine Haltung der Demut angesichts dieses sozialen Prozesses und der Duldsamkeit gegenüber anderen Meinungen. Er ist das genaue Gegenteil jener intellektuellen Hybris, in der das Verlangen nach einer umfassenden Lenkung des sozialen Prozesses wurzelt.“

**Literatur:**

Raphael M. Bonelli, Tabu, Was wir nicht denken dürfen und warum, Wien, 2025

Alexander Grau, Hypermoral, Die neue Lust an der Empörung, München, 2017

Björn Harms, Der NGO-Komplex, Wie die Politik unser Steuergeld verprasst, München, 2025

Friedrich A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, Rottenburg, 2014, Elftes Kapitel

Raymond Unger, Die Wiedergutmacher, Berlin, 2018

Christian Zeller, Zerstörung der Meinungsfreiheit, Münster, 2025



Dr. Bernd Fischer

## Freiheit, Vernunft & Verantwortung

In einer Zeit, in der freiheitliche Werte unter Druck geraten, braucht es eine starke Stimme für den Liberalismus.

Die Hayek-Gesellschaft fördert wissenschaftliche Arbeit, vermittelt ökonomische Bildung, organisiert Akademien für den Nachwuchs und bietet Foren für den Austausch freier Gedanken.

**Stärken Sie die Freiheit.  
Unterstützen Sie  
mit Ihrer Spende  
die Hayek-Gesellschaft.**

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)



# HAYEK

# DAS BUCH

## „Die Theorie der Dynamischen Effizienz“

Eine Rezension von Christian Langer  
zum Buch von Jesús Huerta de Soto



Jesús Huerta de Soto stellt mit Die Theorie der dynamischen Effizienz die statische Gleichgewichtslogik der Neoklassik infrage und rückt den Unternehmer als treibende Kraft eines offenen Marktprozesses ins Zentrum – ein grundlegender Beitrag zur Österreichischen Schule.

Das in dieser Ausgabe vorgestellte Buch ist Bestandteil der sogenannten Hayek-Schriftenreihe zum klassischen Liberalismus. Diese „blaue“ Buchreihe besteht mittlerweile aus sieben Büchern, das vorliegende Buch ist Band 4 und wurde wie alle anderen auch vom Gründungsmitglied unseres Hayek-Clubs Trier-Luxembourg e.V. Herrn Prof. Dr. Hardy Bouillon herausgegeben. Das Vorwort wurde von ihm und den Mitgliedern der Hayek-Gesellschaft Prof. Dr. Gerd Habermann und Prof. Dr. Erich Weede geschrieben.

Eine Rezension zu diesem Buch, das eine Sammlung wichtiger Aufsätze von Huerta de Soto beinhaltet, ist ehrlich gesagt gar nicht notwendig. Dies geschieht bereits auf den Seiten 7 bis 9 im Rahmen der Einleitung durch Hardy Bouillon. Daher strebe ich hier auch keine langweilige Wiederholung an. Vielmehr gehe ich kurz auf den Titel und diejenigen Aufsätze ein, die aus meiner Sicht besonders inspirierend sind. Danach möchte ich auf zwei Hauptwerke von Huerta de Soto eingehen, die ich als eine der wichtigsten Beiträge der österreichischen Schule ansehe nach den Schriften von Hayek, Mises und Kirzner.

Bekanntermaßen geht die neoklassische Theorie in der Ökonomie vom statischen Zustand aus bei der Suche nach dem optimalen Gleichgewicht bei gegebenen Ausgangsbedingungen (*ceteris paribus*). Nicht so der Ansatz von Huerta de Soto: so wie auch der Mises-Schüler Kirzner geht er davon aus, dass durch freie Handlung, freie Preisbildung und durch gesicherte Eigentumsrechte die Unternehmer durch Trial und Error immer auf der Suche sind nach neuen Möglichkeiten, Gewinne zu erzielen.

Der entscheidende Begriff der „unternehmerischen Funktion“ begleitet die wichtigsten Werke des Autors, wobei er damit insbesondere nachfolgende Punkte meint: die fortlaufende Entdeckung neuer Informationen (Profit-Gelegenheit), die damit einhergehende Kreativität des Unternehmers, die durch sein Handeln wieder neu geschaffenen Informationen, die daraus resultierende koordinierende Wirkung für den Markt, welcher wiederum auf Wettbewerb beruht. All dies wird nie unterbrochen, geht nie zu Ende und erreicht (siehe oben) eben nie einen Gleichgewichtszustand. Das ist gemeint mit dem dynamischen und nicht statischen Prozess (vgl. Seiten 21- 59).

Interessierte Leserinnen und Leser, die mehr darüber erfahren wollen, möchte ich Huerta de Sotos Buch „Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion“ (Lucius Verlag, 306 Seiten) ans Herz legen. Darin beschreibt er die Rolle des Unternehmers, der in einer Marktwirtschaft die zentrale Rolle spielt, indem er auf der Grundlage von Preisen, Gewinnchancen und Risiken Entscheidungen trifft, Pläne anpasst und Innovationen vorantreibt.

Wie einige der Leser vielleicht wissen, schrieb Mises im Jahr 1922 sein wichtiges Werk „Die Gemeinwirtschaft“ und seine Begründung über die Unmöglichkeit des Sozialismus. Ein wichtiges Argument gegen den Sozialismus ist (neben der nicht vorhandenen Preise als Signalgeber von Knappheiten – ohne Preise, keine Wirtschaftsrechnung) eben die Dynamik des Marktes, die sich jede Sekunde ändernden Umweltbedingungen für einen Unternehmer, die nicht vorherseh-



bare und nicht planbare Zukunft. Daher ist für Anhänger der österreichischen Schule der Unternehmer auch eine Art Held (Javier Milei, Rede in Davos 2024), der Risiken eingeht und sich mit seinem privaten Vermögen einem dynamischen Markt aussetzt, um Gewinnmöglichkeiten zu erzielen.

Weitere Aufsätze in dem Buch handeln u.a. vom Methodenstreit der österreichischen Schule, der Krise des Sozialismus, der Theorie des liberalen Nationalismus und der libertären Theorie der freien Immigration. Politiker von heute täten gut daran, genau diesen Aufsatz zu lesen (Kapitel 8, Seite 162), da darin in einer einfachen, aber stringent logischen Darstellung beschrieben wird, wie das Problem der Immigration zu behandeln wäre.

Die Aufsätze 10 und 11 bilden im Übrigen den Schwerpunkt Huerta de Sotos, das er in seinem größten und wichtigsten Werk ausführlich untersucht. Dieses Werk heißt „Geld, Bankkredite und Konjunkturzyklen“ (Lucius Verlag, 624 Seiten). Wenn jemand tatsächlich Interesse hat, die Welt der Geldtheorie und die Gründe der heute immer fortlaufenden Wirtschaftskrisen durch und durch zu verstehen, der mag dieses Buch lesen.

Nur so viel sei dazu gesagt: Das heute in der Bankenwelt praktizierte „Teildeckungsbankensystem“ bedeutet nichts anderes, als dass das von Ihnen auf Ihrem Bankkonto deponierte Geld einfach gleich wieder an andere verliehen wird. De facto ist ihr Eigentum also weg und sie können nur theoretisch darüber verfügen. Würden also alle Konteninhaber gleichzeitig ihr Guthaben abheben, wäre die Bank am selben Tag insolvent (Bank Run). Genau das ist aber aus Sicht Huerta de Sotos in keiner Weise vereinbar mit dem Eigentumsverständnis des alten römischen Rechts. Dieses Recht unterscheidet zwischen einem Vertrag, bei dem der Sparer der Bank Geld übergibt und diese mit dem

Geld machen kann, was sie will, solange sie aber das Geld jederzeit zurückzahlen kann (Mutuum bzw. Darlehensvertrag). Oder es wird ein Vertrag vereinbart, in dem die Bank das Geld des Sparerers für ihn deponiert (Depositum-Vertrag bzw. Einlagerungsvertrag). Dieses Geld bleibt im Eigentum des Sparerers, muss auf Abruf jederzeit bereit stehen und die Bank darf mit diesem Geld nicht arbeiten. Die Banken tun aber heute so, als würden sie einen solchen Depositum-Vertrag abschließen, verhalten sich jedoch wie bei einem Mutuum-Vertrag. Dies ist jedoch ein Widerspruch und nicht dem Recht vereinbar.

Wenn nun Banken den größten Teil dieses Geld wieder verleihen, wird Geld aus dem Nichts (ex nihilo) geschaffen, also ohne wertgedeckte Grundlage.

Ich überlasse es nun Ihnen, liebe Leser, selbst zu recherchieren, wie hoch derjenige Teil des Geldes ist, den Ihre Bank heute von Ihrem Geld hält. Trinken Sie vorher ein gutes Gläschen Wein, das hilft etwas. Ausgestattet mit diesem Wissen erläutert Huerta de Soto in diesem Buch anschließend, wie wichtig es ist, erst Geld zu sparen (bzw. an Unternehmer zu verleihen – Banken agieren hier als einer Art Vermittler zwischen Sparer und Unternehmer) und erst danach zu investieren. Alles andere bedeutet Geldmengenausweitung aus dem Nichts, führt zu Fehlallokationen, Fehlinvestitionen, Zombieunternehmen, Wirtschaftskrisen, Inflation und Massenarbeitslosigkeit.

Ich komme zurück auf das Buch der Theorie der Dynamischen Effizienz. In Kapitel 16 gibt er eine schöne Einführung in das Opus Magnum von Ludwig von Mises „Human Action“ und seinem Vorläufer „Nationalökonomie“. Als Spanier macht Huerta de Soto in Kapitel 20 im Rahmen eines Interviews mit der AEN (Austrian Economic Newsletter) außerdem darauf aufmerksam, dass die österreichische

Schule ihre Vorläufer in Spanien hat in der alten Schule von Salamanca.

Das letzte Kapitel mit dem Aufsatz „Liberalismus versus Anarchokapitalismus“ wird die Herzen aller, die die Ideen von Hans-Hermann Hoppe schätzen, höherschlagen lassen. Er beschreibt darin den Anarchokapitalismus als einzig mögliches und mit der menschlichen Natur wirklich vereinbares System sozialer Kooperation.

Huerte de Soto, Jahrgang 1956, lehrt heute noch an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid gemeinsam mit Prof. Dr. Bagus. Er erhielt im Jahr 2013 die Hayek-Medaille, ist u.a. Mitglied der Mont Pelerin-Gesellschaft (stellvertretender Vorsitzender zwischen 2000 und 2004) und Preisträger vieler wissenschaftlicher Institutionen.

Für mich ist er einer der wichtigsten Vertreter und Zeitzeuge der Österreichischen Schule. Seine oben genannten Bücher sind für das Verstehen des liberalen und wirtschaftlichen Gedankens unverzichtbar.

Jesus Huerta de Soto  
**„Die Theorie der Dynamischen Effizienz“**  
Duncker & Humblot  
413 Seiten | 64,90 Euro  
ISBN 978-3-428-18007-3

Christian  
Langer



AKADEMIE  
der  
Freiheit

Willkommen bei der *Akademie der Freiheit 2026* vom 10. bis 15. August in Lutherstadt Wittenberg.

- Einführung in den Klassischen Liberalismus
- Ökonomie, Politik, Geschichte & Philosophie
- Experten & Netzwerk

Für Schüler, Studenten und junge Berufstätige von 18 bis 30 Jahren.

**Bewerben Sie sich  
bis zum 01. Juni 2026!**

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

# Die Kraft der Generationen

von Prof. Dr. Heiko Kleve

Freiheit und Wohlstand wachsen nicht aus staatlicher Planung, sondern aus Verantwortung, Eigentum und langfristigem Denken. Familienunternehmen verkörpern genau diese Prinzipien – meist leise, oft unterschätzt. Wer ihre ordnungspolitische Bedeutung verkennt, riskiert mehr als ökonomische Stabilität: Er gefährdet das Fundament einer freiheitlichen Gesellschaften. Prof. Dr. Heiko Kleve erläutert, warum Freiheit und Wohlstand vom Erfolg des Familienunternehmertums abhängen.

## **Unternehmerischer Kern der Marktwirtschaft**

Freiheit und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie sind fragile Errungenschaften. Historisch betrachtet entstehen sie nicht durch politische Programme, staatliche Planung oder moralische Appelle. Sie entstehen vielmehr durch soziale Ordnungen, die Verantwortung, Eigentum und Wissen über lange Zeiträume hinweg stabilisieren. Wo diese Ordnungen erodieren, geraten Freiheit und Wohlstand unter Druck, zumeist schleichend, manchmal abrupt.

Eine dieser Ordnungen wird in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten bis heute systematisch unterschätzt: das Familienunternehmertum. Während über Märkte, Staaten, Konzerne oder Ungleichheit intensiv diskutiert wird, bleibt die Frage erstaunlich randständig, wer eigentlich Verantwortung über Generationen hinweg trägt, und zwar für Unternehmen, für Arbeitsplätze, für Regionen und letztlich für die Stabilität einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

In meinem neuen Buch *Die Kraft der Generationen*. Von erfolgreichen Unternehmerfamilien lernen (München, Langen Müller 2026) gehe ich genau dieser Frage nach. Ich untersuche, warum Unternehmerfamilien, also die Eigentümer von Familienunternehmen, eine tragende, oft unsichtbare Säule freiheitlicher Gesellschaften sind, wie sie Unternehmertum leben und generationsübergreifend zusammenhalten, um so langfristig wach-

sende Unternehmen verantwortlich zu tragen – und was geschieht, wenn diese Säule geschwächt oder zerstört wird. Das Buch sollte nicht als romantische Verklärung des Familienunternehmertums missverstanden werden, sondern als sozialwissenschaftliche Analyse seiner ordnungspolitischen Bedeutung sowie innerfamiliären und gesellschaftlichen Bedingungen, damit sich dieses Unternehmertum in jeder Generation von Neuem entfalten kann.

## **Transgenerationalität als Merkmal des Familienunternehmertums**

Familienunternehmertum unterscheidet sich grundlegend von anonymen Kapitalstrukturen und kurzfristig orientierten Managementlogiken. Eigentum ist in familiengeführten Unternehmen nicht primär ein Renditeinstrument, sondern eine Verpflichtung. Unternehmerfamilien denken nicht in Legislaturperioden oder Quartalszahlen, sondern in Generationen. Sie sind gezwungen, Entscheidungen zu treffen, deren Konsequenzen sie nicht einfach externalisieren oder an Nachfolger delegieren können, die ihnen fremd sind.

In der Wissenschaft bezeichnen wir dieses Prinzip als Transgenerationalität. Gemeint ist damit die generationenübergreifende Weitergabe von Verantwortung, Wissen und Eigentum. Während in allen Familien das Leben von einer Generation an die nächste weitergegeben wird, erweitern Unternehmerfamilien diese Weitergabe auf das



Unternehmenseigentum und die Unternehmensführung. Dadurch wird wirtschaftliches Handeln in eine langfristige soziale Zeitstruktur eingebettet.

Diese transgenerationale Einbettung erzeugt eine besondere Form ökonomischer Rationalität: Entscheidungen werden nicht allein unter Effizienz- oder Gewinnkriterien getroffen, sondern unter dem impliziten Wissen, dass sie das Leben der Kinder und Enkel prägen werden. Man könnte von „enkelfähigem Wirtschaften“ sprechen, wie das mein Kollege Tom A. Rüsen macht, oder von einer spezifischen Form sozial-ökonomischer Nachhaltigkeit, die nicht politisch verordnet, sondern familienbiografisch verankert ist. Familienunternehmerisches Handeln ist daher häufig vorsichtig, resilient und lernfähig, und zwar aus struktureller Verantwortung für das Unternehmen, was sich mittelfristig in der sie tragenden Moral von Unternehmerfamilien niederschlägt.

### **Ordnungspolitische Grundlagen und gesellschaftliche Effekte**

Ordnungspolitisch ist dieses Prinzip von zentraler Bedeutung. Denn Freiheit lebt *einerseits* von abstrakten Marktmechanismen und setzt *andererseits* dezentrales Eigentum, persönliche Haftung und die Bereitschaft voraus, Verantwortung selbst zu tragen. Genau hier liegt die besondere Leistung von Unternehmerfamilien: Sie verbinden unternehmerisches Handeln, Risikoübernahme und Verantwortung in den Personen der Inhaber bzw. in einem unternehmerischen Familienverband verantwortlicher Gesellschafter.

Familienunternehmer haften selbst, sie tragen Risiken selbst und sie leben mit den langfristigen Folgen ihrer Entscheidungen. Damit wirken sie als Gegengewicht sowohl zu staatlicher Übersteuerung als auch zu ano-

nymen Marktstrukturen, in denen Verantwortung verdünnt, fragmentiert oder externalisiert wird. Wo niemand mehr persönlich für Entscheidungen einsteht, wächst der Ruf nach Regulierung und mit ihm der Verlust an Freiheit.



Wohlstand entsteht in diesem Kontext durch nachhaltige Wertschöpfung. Denn Familienunternehmen investieren langfristig, bilden aus, sichern Arbeitsplätze und halten Regionen wirtschaftlich lebendig. Sie sind lokal verwurzelt und zugleich global anschlussfähig. Diese Verbindung von Nähe und Weltläufigkeit ist kein Zufall, sondern Ergebnis generationenübergreifender Lernprozesse. Gerade deshalb wirken Familienunternehmen stabilisierend in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und wirtschaftlicher Umbrüche, wie dies etwa der Soziologe Richard Münch beschreibt.

### **Das Erodieren des Unternehmertums und seine Folgen**

Besonders anschaulich wird die Bedeutung des Unternehmertums paradoxerweise erst dort, wo es fehlt. In einem zentralen Kapitel meines Buches analysiere ich diese Frage am Beispiel der DDR. Der reale Sozialismus war als politisches System der sogenannten „Diktatur des Proletariats“ ein systematischer Angriff auf Unternehmertum, Eigentum und bürgerliche Verantwortung. Unternehmerfamilien wurden enteignet, marginalisiert oder zur Anpassung gezwungen. Mit ihnen verschwand nicht nur ökonomische Leistungsfähigkeit, sondern auch ein kulturelles Reservoir an Wissen, Erfahrung und Verantwortungsbewusstsein.

Die Folgen waren langfristig verheerend und

sind in den ostdeutschen Bundesländern bis heute spürbar. Ohne unternehmerische Eigentümer fehlten dezentrale Entscheidungsstrukturen, Lernprozesse und Innovationsanreize. Wirtschaftliches Handeln wurde politisiert, Wissen zentralisiert und Verantwortung entpersonalisiert. Die DDR zeigt exemplarisch, dass eine Gesellschaft ohne Unternehmertum nicht nur ärmer wird, sondern auch unfreier, weil sie immer stärker auf zentrale Steuerung setzt und nicht merkt, dass genau dies die selbst geschaffenen gesellschaftlichen Probleme verschärft.

Dieses historische Beispiel kann als eine Warnung gelesen werden: Wo Eigentum delegitimiert, Unternehmertum moralisch diskreditiert und Verantwortung kollektiviert wird, entsteht früher oder später ein fast unaufhaltsamer sozialer Niedergang.

### **Das anspruchsvolle Leben in Unternehmerfamilien**

Familienunternehmertum ist dabei keineswegs konfliktfrei. Unternehmerfamilien leben mit Spannungen zwischen Nähe und Professionalität, Tradition und Innovation, Gleichheit und Leistungsprinzip. In meinem Buch zeige ich, dass gerade diese Spannungen produktiv werden können, wenn sie nicht unterdrückt, sondern reflektiert werden.

Über Generationen hinweg entwickeln Unternehmerfamilien Fähigkeiten, mit Ambivalenzen umzugehen, Minderheitenstimmen ernst zu nehmen und Entscheidungen jenseits einfacher Entweder-oder-Logiken zu treffen. Aus dieser Praxis erwächst eine besondere Form von Weisheit, die sich aus der Erfahrung überstandener Krisen und weitergegebenem Wissen speist. Ergänzt wird sie durch den Mut der jeweils aktuellen Generation, Neues zu wagen, Bestehendes infrage zu stellen und Verantwortung neu zu interpretieren. Freiheit und Wohlstand ent-

stehen genau in diesem Zusammenspiel von Weisheit und Mut, also der vertikalen Kraft zwischen den Generationen und der horizontalen Kraft der Gegenwart.

### **Ein ordnungspolitisches Plädoyer**

In Zeiten, in denen Unternehmertum zunehmend unter moralischen Generalverdacht gerät und Eigentum als Ungleichheitsproblem betrachtet wird, ist diese Perspektive gefährdet. Die Kraft der Generationen ist deshalb mehr als eine Analyse des Familienunternehmertums. Das Buch ist ein ordnungspolitisches Plädoyer: Wer Freiheit und Wohlstand bewahren will, muss das Familienunternehmertum als kulturelle, soziale und ökonomische Ressource verstehen, schützen und weitergeben – und zwar aus Verantwortung für kommende Generationen, denen wir eine freie, lebendige und von Wohlstand geprägte Gesellschaft hinterlassen wollen.



Prof. Dr.  
Heiko Kleve

# **FREIHEIT BRAUCHT WISSEN**

**WARUM LIBERTÄRE ORGANISATIONEN  
ANDERS FUNKTIONIEREN**

von Prof. Götz R. Piwinger

Libertäre Organisationsentwicklung denkt Unternehmen radikal von ihren Entscheidungen her: Wissen muss entstehen, zugänglich sein und genutzt werden, damit Verantwortung dezentral wirken kann. Götz R. Piwinger, Professor für Organisationsentwicklung und Ökonomie, verbindet Hayeks Ordnungstheorie mit moderner Wissensinfrastruktur.

Libertäre Organisationsentwicklung beginnt mit einer einfachen Einsicht: Ein Unternehmen ist immer nur so gut wie seine Entscheidungen – und gute Entscheidungen hängen direkt davon ab, wie Wissen entsteht, geteilt und genutzt wird. Wer Hayek ernst nimmt, kommt deshalb zwangsläufig beim Wissensmanagement heraus, nicht bei zusätzlichen Hierarchiestufen oder neuen Kontrollinstrumenten.

## **Spontane Ordnung und verteiltes Wissen**

Hayeks Konzept der spontanen Ordnung beschreibt Systeme, in denen komplexe Strukturen nicht geplant, sondern durch das Zusammenspiel vieler einzelner Entscheidungen entstehen. In Unternehmen ist das nichts anderes als die tägliche Praxis: Menschen reagieren auf Kunden, Technologien, Fehler, Zufälle – und erzeugen so laufend neues Erfahrungswissen.

In einer libertären Perspektive ist dieses verteilte Wissen kein Störfaktor, den man durch zentrale Vorgaben „bändigen“ muss, sondern der wichtigste Wettbewerbsvorteil. Je besser es gelingt, dieses Wissen sichtbar und anschlussfähig zu machen, desto besser funktionieren Selbstorganisation, Innovation und unternehmerische Verantwortung.

## **Wissensmanagement als Infrastruktur der Freiheit**

Wo Entscheidungen dezentral getroffen werden sollen, braucht es eine belastbare Wissensinfrastruktur. Ohne sie bleibt Selbst-

organisation schnell naiv: Freiheit ohne Zugang zu relevanten Informationen führt nicht zu besseren, sondern zu willkürlichen Entscheidungen.

Kernaufgaben eines libertären Wissensmanagements sind:

Transparenz schaffen: Prozesse, Kennzahlen, Ergebnisse und Fehler müssen für alle sichtbar sein, die von ihnen betroffen sind.

- Erfahrungswissen sichern: Was heute im Kopf einer Führungskraft oder eines Experten steckt, muss in Form von Dokumentation, Lernmodulen, Fallbeispielen und Communities of Practice zugänglich werden.
- Zugriff vereinfachen: Wissen, das nur über Hierarchien oder E-Mail-Ketten zirkuliert, ist faktisch knapp; digitale Plattformen und offene Foren machen es für alle relevant.
- Wissensmanagement als Prozess verstehen: Wissen entsteht durch Lernen – also durch jedes Meeting und jede Planung. Diese Erkenntnisse müssen gesichert und gezielt geteilt werden.

Damit wird das Wissensmanagement zur institutionellen Voraussetzung von Freiheit: Nur wer versteht, was im Unternehmen passiert, kann Verantwortung tragen und Chancen nutzen.

## **Kommunikationskultur statt E-Mail-Silos**



„Email ist der Ort, wohin die Information zum Sterben geht!“ (G. Piwinger)

Viele Organisationen behaupten, Wissensmanagement zu betreiben, und meinen damit: Dateiablage, Mailarchive oder interne Wikis. Libertäre Organisationsentwicklung setzt bewusst einen Kontrapunkt und orientiert sich an offenen, dialogischen Formaten als fester Prozess im Arbeitsalltag.

- An die Stelle geschlossener E-Mail-Verläufe treten transparente Diskussionsräume, in denen Fragen, Lösungen und Entscheidungen nachvollziehbar dokumentiert werden.
- Regelmäßige Reflexionsformate – Retrospektiven, Lernzirkel, interdisziplinäre Reviews – werden nicht als „nice to have“ verstanden, sondern als produktiver Kern des Geschäftsmodells.

So entsteht schrittweise eine Kultur der geteilten Einsicht: Wissen ist kein Machtmittel Einzelner, sondern eine zu teilende gemeinsame Ressource, aus der bessere Entscheidungen entstehen.

## **Rollen, Verantwortung und Kompetenzentwicklung**

Wissensmanagement im libertären Sinn ist untrennbar mit Personal- und Kompetenzentwicklung verbunden. Wenn Mitarbeitende eigenständig entscheiden sollen, benötigen sie nicht nur Informationen, sondern auch Fähigkeiten, diese Informationen zu interpretieren und im Sinne der Unternehmensziele zu nutzen.

Das hat mehrere Konsequenzen:

- Rollen werden in jedem Projekt so beschrieben, dass klar ist, für welche Ent-

scheidungen welches Wissen benötigt wird.

- Lernangebote orientieren sich an realen Entscheidungsfeldern, nicht an abstrakten Seminarkatalogen. Spontanes, informelles Lernen ist Teil der Arbeit.
- Führungskräfte begreifen sich als Coaches für Urteilskraft: Sie vermitteln nicht nur Inhalte, sondern helfen dabei, Informationen zu gewichten, Unsicherheit auszuhalten und Prioritäten zu setzen.

Kompetenzentwicklung wird damit zu einem Hebel, der Freiheitsräume überhaupt erst nutzbar und verantwortbar macht.

## **Technologie als Enabler, nicht als Selbstzweck**

„Wenn Unternehmen skalierbar erfolgreich sein wollen, müssen Systeme und Methoden im Einklang wirken!“ (G. Piwinger)

Digitale Plattformen, Kollaborationstools und Prozessunterstützung sind keine Dekoration, sondern die notwendige Infrastruktur einer libertären Organisation. Sie schaffen die Stabilität, die es braucht, um Entscheidungen zu dezentralisieren, ohne in Chaos zu verfallen.

Technologie muss deshalb drei Dinge leisten:

- Strukturen abbilden: Rollen, Verantwortlichkeiten und Prozesse werden so modelliert, dass Informationsflüsse sichtbar und steuerbar sind. (Rollen und Rechte)
- Wissen kontextualisieren: Daten, Kennzahlen und Dokumente werden mithilfe von KI dort bereitgestellt, wo Entscheidungen getroffen werden – nicht in isolierten Datenbanken.

- Partizipation ermöglichen: Jede Person, die zur Verbesserung beitragen kann, erhält die Möglichkeit, Ideen einzubringen, Fehler zu melden und Wissen zu ergänzen.

Ohne passende IT-Unterstützung bleiben neue Führungsmodelle und Selbstorganisationsansätze nur graue Theorie, ohne kulturelle und methodische Vorbereitung scheitert jede Systemeinführung an menschlichen Widerständen.

## **Libertäre Organisation als lernendes System**

*„Eine Organisation besteht aus der Summe aller Entscheidungen“ (G. Piwinger)*

Am Ende zielt die libertäre Organisationsentwicklung auf eines: das Unternehmen zu einem lernenden System zu machen, das sich permanent aus seinem eigenen Handeln verbessert. Wissensmanagement ist dabei nicht eine Supportfunktion, sondern der Motor dieses Lernprozesses.

Wenn Entscheidungen systematisch dokumentiert, ihre Wirkungen transparent gemacht und die gewonnenen Einsichten in Strukturen, Regeln und Kompetenzen zurückgespielt werden, entsteht eine dynamische Ordnung. Sie ist nicht perfekt planbar, aber robust, innovativ und anpassungsfähig – genau jene Qualitäten, die Hayek in spontanen Ordnungen identifiziert.

In diesem Sinne ist libertäre Organisationsentwicklung vor allem eines: die Kunst, Freiheitsräume und Wissensflüsse so zu gestalten, dass aus der Summe individueller Entscheidungen eine Organisation entsteht, die dauerhaft mehr kann als die Summe ihrer Teile.



Prof. Götz R. Piwinger

# DIAGNOSE DER „VERKEHRTEEN LINKEN“

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Alexander Wendt

Mit „Verachtung nach unten“ legt der Journalist und Autor Alexander Wendt eine pointierte Analyse aktueller Verschiebungen innerhalb progressiver Milieus vor. Im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt spricht Wendt über Identitätspolitik, kulturelle Konfliktlinien und die Zukunft der Bürgergesellschaft sowie über die Frage, ob liberale Ordnungen einem neuen Tribalismus standhalten können.

*Sie schreiben, die heutige progressive Bewegung teile mit der historischen Linken „nur noch Symbole und Gesten, aber längst nicht mehr die Ziele“. Woran genau lässt sich dieser Bruch empirisch festmachen? Gibt es aus Ihrer Sicht noch politische oder gesellschaftliche Kräfte, die an die ursprüngliche emanzipatorische Idee anschließen?*

**Alexander Wendt |** Die klassischen Gewerkschaftsbewegungen des 19. Jahrhunderts, aus denen die ersten linken Parteien entstanden, konzentrierten sich auf das Ziel, die Lebensumstände der Arbeiter zu verbessern. Hier erreichten sie auch bemerkenswerte Fortschritte: bessere Bezahlung, Streikrecht, obligatorische Unfallversicherung, eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit. In Deutschland kam die Bismarcksche Sozialpolitik zwar von oben – aber ohne den Druck von unten wäre sie nicht durchsetzbar gewesen.

## | Interessenausgleich

Übrigens erkannten kluge Unternehmer schon früh, dass der Interessenausgleich zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern beiden Seiten nutzt. Robert Bosch prägte bekanntlich den Satz: „Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich viel Geld habe, sondern ich habe viel Geld, weil ich gute Löhne zahle.“

Auch die Frauenbewegung, die Bürgerrechtsbewegung der schwarzen Amerikaner unter Führung von Martin Luther King und später die Schwulenbewegung verfolgten emanzipatorische Ziele. King plädierte dafür, den

Einzelnen aus den Fesseln der Gruppenidentität zu lösen.

In seinem idealen Amerika sollte die Hautfarbe gerade keine Rolle mehr für die Position eines Bürgers in der Gesellschaft spielen. In allen Fällen – von der Arbeiter- bis zur Bürgerrechtsbewegung – setzte an einem bestimmten Punkt das Fortschrittsparadox ein: Nach den ersten Erfolgen, also den erreichten Verbesserungen der Lebensumstände, traten neue Theoretiker und Anführer auf den Plan, die eine ständige Verbesserung als faulen Kompromiss und lauen Reformismus denunzierten, der nach ihrer Ansicht den Blick auf das eigentliche Ziel verstellte: den völligen Umsturz der bestehenden Gesellschaft zugunsten einer Neuordnung nach einem Entwurf vom Reißbrett. Als Gegenbegriff zu der „emanzipatorischen Linken“ verwende ich den Begriff der usurpatorischen Linken: Ihr dienen Krisen nur als Beschleunigungsmittel, um ihrem originären Ziel näherzukommen: der Eroberung von Macht.

Und das nicht in dem Sinn, dass sie Parlamentssitze gewinnen und Minister in einem Kabinett stellen. Das kommt für sie allenfalls als Zwischenschritt infrage. Machtgewinn bedeutet für sie, ihre Macht so zu verankern, dass es nicht mehr möglich ist, sie wieder mit Wahlen und Abstimmungen von dort zu vertreiben. In ihrem Überzeugungssystem handeln sie damit konsequent: Nur sie kennen den objektiv richtigen Weg für die ganze Gesellschaft, also steht ihnen die Führung als historische Mission zu. Wer sich gegen sie stellt, stellt sich gegen den Lauf



der Geschichte. Von der kommunistischen Machtergreifung in Russland 1917 bis zu dem chavistischen Venezuela erfolgt die Usurpation immer nach dem gleichen Muster: Kriminalisierung der Opposition, Meinungskontrolle, Umbau staatlicher Institutionen zu Kampfinstrumenten, Vertreibung oder Vernichtung von politischen Gegnern.

Wenn die heutigen inversen Linken, wie sie sich vor allem an westlichen Universitäten sammeln, die Gesellschaft so gestalten könnten, wie sie wollen, dann würden sie ziemlich exakt diesem Drehbuch folgen. Diejenigen, die heute das Gemisch aus Postkolonialismus, „Kritischer Rassentheorie“, Genderideologie und akademisch verbämtem Antisemitismus anbieten, zeigen ein völliges Desinteresse an harten sozialen Themen: also Arbeitsbedingungen, Löhnen, Steuern, Alterssicherung. Ob nun die Anführer von Black Lives Matter oder Rassentheoretiker wie Robin DiAngelo oder Ibram X. Kendi – niemand von ihnen hat das Leben von irgendjemand verbessert – ausgenommen für sich selbst. Die Mitgründerin von BLM Patrisse Cullors kaufte zusammen mit anderen Anführern mit Geldern der Bewegung eine Villa in Los Angeles, übrigens in einem fast ausschließlich weißen und reichen Viertel. DiAngelo und Kendi wurden mit ihren Büchern und Vorträgen zu Millionären.

*Aber noch einmal zum zweiten Teil der Frage: Ist noch etwas von der klassischen, auf Verbesserung der Lebensumstände ausgerichteten Linken übrig?*

**Alexander Wendt |** Etwas schon. In meinem Buch „Verachtung nach unten“ beschreibe ich die Gründung einer Gewerkschaft der Amazon-Mitarbeiter im Jahr 2020 durch den (übrigens schwarzen) Arbeiter Chris Smalls. Amazon hatte damals 13 verschiedene sogenannte Affinity Groups: für schwarze Mitarbeiter, für Latinos, für Übergewichtige, für

Schwule und Lesben, und natürlich gab es ein Diversity-Equity-Identity-Programm. Was es bis dahin nicht gab, waren Gewerkschaften. Der Konzern bekämpfte Smalls' Gründung mit aller Kraft. Smalls wollte und will nicht über Diversität und Identität reden, sondern über Pausenzeiten, Gehälter und teils unerfüllbare Leistungsvorgaben für Paketpacker. Und zwar zugunsten von allen, egal ob weiß oder farbig, hetero oder schwul. Das Beispiel Amazon zeigt, warum viele große Unternehmen die Identitätspolitik so enthusiastisch unterstützten: aus Opportunismus, aber auch, um nicht über soziale Fragen reden zu müssen. Aus dem gleichen Opportunismus springen sie jetzt in den USA auch wieder von der auslaufenden DEI-Welle.

*Ihr Buch beschreibt den Versuch, die Bürgergesellschaft durch eine nach Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht definierte „Gesellschaft der Stämme“ zu ersetzen. Ist diese Entwicklung eher ein Projekt einflussreicher Minderheiten oder Ausdruck eines breiteren kulturellen Wandels?*

**Alexander Wendt |** Die Geschichte erfolgreicher Gesellschaften im Westen und in Ostasien ist zu einem großen Teil die Geschichte einer Enttribalisierung. Die Übertragung von Macht, die früher auch dort bei Clans und Stämmen lag, auf eine Macht, die den „Krieg aller gegen alle“ (Hobbes) beendete, machte wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand erst möglich. Die nächste Fortschrittsstufe führte zur Gewaltenteilung und damit zur Begrenzung staatlicher Macht und ihrer Bindung an das Recht.

Es gibt heute die Projekte von wenigen, aber einflussreichen Gesellschaftsingenieuren, die versuchen, genau diesen Fortschritt wieder rückgängig zu machen: mit der Forderung nach herkunftsbestimmten Quoten im öffentlichen Dienst, mit dem Konzept der „postmigrantischen“ Gesellschaft, die nur

noch aus Identitätsgruppen bestehen soll, oder mit der Forderung nach geschlechtsparitätisch besetzten Parlamenten, die dann wieder zu Standesvertretungen würden – denn nach der Geschlechtsparität würden sofort auch andere Gruppen ihren Anteil verlangen. Das tribalistische Konzept steht dem der Bürgergesellschaft diametral entgegen. Ich glaube allerdings, dass die meisten Bürger wissen, wie sehr die Stabilität der Gesellschaft davon abhängt, dass gleiche Rechte für alle gelten, und der Zugang zu öffentlichen Ämtern eben nicht von der Herkunft bestimmt sein sollte. Die allermeisten wollen auch nicht die Regeln des Zusammenlebens täglich neu aushandeln. Genau das wäre aber in einer multitribalistischen Gesellschaft der Normalfall. Das Besondere an der pseudoprogressiven Bewegung des Westens ist der Umstand, dass sie die Gesellschaft zurück in vormoderne Zeiten zwingen wollen – das aber unter dem Banner des Fortschritts.

## **| tribalistisches Konzept**

*Sie markieren eine zentrale Konfliktlinie moderner Gesellschaften: Die meisten Menschen suchten Stabilität, während eine diskursprägende Elite auf „permanente Umwälzung“ dränge. Handelt es sich hierbei um einen neuen Klassenkonflikt, der sich nicht mehr ökonomisch, sondern kulturell definiert? Und falls ja: Wer repräsentiert heute politisch diese stabilitätsorientierte Mehrheit?*

**Alexander Wendt |** Stabilitätsorientiert sind mehr oder weniger alle, die ihren Lebensort nicht nach Belieben wechseln können, und die sich außerdem an ein kulturelles Umfeld gebunden fühlen, kurzum die „Somewheres“ im Gegensatz zu den „Anywheres“. Dieser Konflikt ist ökonomisch und kulturell definiert.

*Sie argumentieren, die Realität der Migration*

*widerlege die Erzählung vom grundsätzlich schuldhaften Westen. Wie sollte eine aufgeklärte Gesellschaft Ihrer Ansicht nach legitime Selbstkritik von selbstbeschädigender Schuldideologie unterscheiden?*

**Alexander Wendt |** In der Tat: Dass Millionen Migranten aus Afrika, arabischen Ländern und Asien bereits in westliche Länder gezogen sind, und weitere Millionen es vorhaben, steht im krassen Gegensatz zu der Erzählung vom „strukturellen Rassismus“ dieser Länder, der diesen Einwanderern angeblich den gesellschaftlichen Aufstieg verweigern würde. In den USA erwirtschaften Bürger mit ostasiatischen, aber auch indischen Wurzeln im Durchschnitt ein höheres Einkommen als weiße Amerikaner. Der Aufstieg von Migranten hängt nicht von ihrer Hautfarbe ab – sondern (neben individuellen Fähigkeiten) davon, ob sie zu einer westlichen Gesellschaft gehören wollen.

Selbstreflexion und Selbstkritik sind hervorragende Mittel, um blinde Flecken in der eigenen Wahrnehmung aufzuspüren. In der Wissenschaft treiben These und Gegenthese die Erkenntnis voran. Der Wert der Selbstkritik schlägt dann ins Gegenteil um, wenn sie sich von der Rationalität löst, indem sie ausschließlich dekonstruiert, und nichts mehr aufbaut. In meinem Buch heißt es: Selbstreflexion ist wie Salz eine unentbehrliche Zutat – aber eben keine Hauptspeise.

*Sie warnen davor, dass „alles, was den Westen wertvoll macht“, auf dem Spiel stehe – darunter Rationalität, offene Debatte und die Idee des Bürgers. Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen produktivem gesellschaftlichem Streit und einem Kulturkampf, der die liberalen Spielregeln selbst untergräbt?*

**Alexander Wendt |** Der Kulturkampf der Linken ist darauf angelegt, klassisch-liberale Spielregeln zu beseitigen. Etwa durch



„deplatforming“, also das Niederschreiben von Rednern, durch Cancel culture, die nicht darauf zielt, jemandem argumentativ zu begegnen, sondern ihn zu denunzieren und sozial auszuschließen, durch „Standpoint epistemology“, also die Behauptung, nur „Betroffene“ dürften sich zu Themen wie Rassismus äußern – wobei Begriffe wie „Rassismus“ in ihrer Bedeutung grotesk überdehnt und beliebig definiert werden. Der wichtige Punkt für die bürgerliche, klassisch-liberale Reaktion auf diese autoritäre pseudolinke Bewegung, die wir als Wokismus bezeichnen, besteht darin, die Methoden der Gegner nicht zu übernehmen.

Ich plädiere in „Verachtung nach unten“ nicht dafür, das Pendel in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung jetzt ins Autoritäre mit dem gegenteiligen Vorzeichen schwingen

zu lassen, sondern für das Gegenteil: die Bürgergesellschaft, in der alle wesentlichen Mitspieler erstens anerkennen, dass Links und Rechts in allen halbwegs freien Gesellschaften die Normalität darstellen, dass die Verschiedenheit von Ansichten keinen Skandal bedeutet – und zweitens, dass im Meinungsstreit für alle die gleichen Regeln gelten. Das bedeutet vor allem in Deutschland: Der Staat hat sich aus dem öffentlichen Meinungsstreit völlig herauszuhalten. Die öffentliche Debatte ist Sache von Bürgern – und nicht von staatsfinanzierten Plattformen, die sich witzigerweise Nichtregierungsorganisationen nennen.



Alexander Wendt

# Mitglied werden!

Sie sind dem klassischen Liberalismus intensiv verbunden? Dann stärken Sie die Stimme der Vernunft und werden Sie Mitglied in der Hayek-Gesellschaft. Engagieren Sie sich in den regionalen Foren.

Sie sind willkommen!

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

<https://www.youtube.com/@HayekSociety>



GEDANKEN  
**SPRUNG**

Kolumne

## „Die große Verwirrung – oder der Abschied von Vernunft?“

Verwirrung entsteht selten aus einem Mangel an Wissen. Oft entsteht sie dort, wo man vorhandene Erkenntnisse ignoriert, weil sie nicht ins gewünschte Weltbild passen.

Seit zu langer Zeit liegen in Deutschland die großen Linien offen vor uns: Ja, eine alternde Gesellschaft braucht Zuwanderung. Nämlich eine an den Erfordernissen orientierte und somit gesteuerte Zuwanderung. Eine Industrienation braucht wettbewerbsfähige Energiepreise – und eine verlässliche Versorgung. Ein Sozialstaat braucht Leistungsträger, aber auch den Mut, Zumutungen auszusprechen. Nichts davon war verborgen, nichts Überraschend.

Und doch haben wir uns angewöhnt, Politik nicht mehr an Folgen zu messen, sondern an Haltungen. Moralische Pose ersetzt ökonomische Logik, Gesinnung verdrängt Erfahrung. Wer auf Zielkonflikte hinweist, gilt schnell als rückwärtsgewandt; wer sie übergeht, als fortschrittlich.

Diese Umwertung hat einen Preis. Denn Realität lässt sich nicht dauerhaft überstimmen. Sie meldet sich zurück: in überforderten Kommunen, nervösen Mittelständlern, brüchigen Infrastrukturen und einer wachsenden Gereiztheit im öffentlichen Ton.

Bemerkenswert ist dabei weniger das Irren selbst als die Hartnäckigkeit, mit der daran festgehalten wird. Vielleicht, weil ein Eingeständnis politischer Fehleinschätzungen Mut verlangt. Vielleicht auch, weil Korrekturen heute allzu schnell als Gesichtsverlust gelten, statt als Ausdruck von Lernfähigkeit.

Bundespräsident Joachim Gauck formulierte einst einen schlichten Gedanken: Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich. Darin steckt mehr staatsbürgerliche Klugheit als in manchem Grundsatzprogramm. Freiheit beginnt nämlich nicht mit Wunschdenken, sondern mit der Anerkennung von Grenzen – finanziellen, organisatorischen, menschlichen.

Die große Verwirrung unserer Zeit könnte daher weniger eine Krise der Verhältnisse sein als eine Krise der Prioritäten. Wir diskutieren mit Leidenschaft über das Wünschbare und sprechen erstaunlich ungern über das Machbare.

Vernunft wirkt unspektakulär. Sie kennt keine Erlösungsversprechen, keine moralische Überhöhung. Sie fragt schlicht: Was funktioniert und was nicht? Genau deshalb ist sie in erregten Zeiten so unerquicklich.

Verwirrung klärt sich nicht durch Lautstärke, sondern durch Urteilskraft. Oder anders gesagt: Fortschritt beginnt dort, wo Nüchternheit wieder als politische Stärke gilt.



Ralf M. Ruthardt





Text: Ralf M. Ruthardt  
Foto: Jona Ruthardt

Wirtschaftswachstum  
bringt nicht der Storch

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)